

HISTORISCHES  
JAHRBUCH  
DER  
STADT LINZ

1972

LINZ 1975

---

Herausgegeben vom Archiv der Stadt Linz

## I N H A L T

	Seite
<b>Abkürzungen</b> . . . . .	<b>7</b>
<b>Verzeichnis der Mitarbeiter</b> . . . . .	<b>8</b>
<b>Vorwort</b> . . . . .	<b>9</b>
<b>Walter Aspernig (Wels):</b>	
Die spätmittelalterlichen Linzer Bürgerfamilien Kammerer und Pechrer . . . . .	11
(Bildtafel I)	
<b>Hugo Hebenstreit (Linz):</b>	
Die Herberstorff 1633 ausgestorben? . . . . .	41
<b>† Justus Schmidt (Linz):</b>	
Linzer Tratsch aus dem Ende des 18. Jahrhunderts . . . . .	49
<b>Georg Wacha (Linz):</b>	
Johann van Beethoven. Neue Quellen zur beruflichen Tätigkeit des Linzer und Urfahrer Apothekers . . . . .	105
<b>Siegfried Pröschl (Steyr):</b>	
Krisenmanagement einer führenden Kommerzbank von der Gründerzeit zum Schwarzen Freitag . . . . .	155
<b>Emil Puffer (Linz):</b>	
Notgeld im Linzer Raum nach dem ersten Weltkrieg . . . . .	247
(Bildtafeln II—IX)	
<b>Fritz Mayrhofer (Linz):</b>	
Gedanken zu einem Linzer Urkundenbuch . . . . .	281
<b>Georg Wacha (Linz):</b>	
Die Wiener Ringstraße (Besprechung) . . . . .	289
<b>Zdeněk Šimeček (Brünn):</b>	
Neues zur Linzer Zeitung . . . . .	297

SIEGFRIED PRÖSCHL

KRISENMANAGEMENT EINER FÜHRENDEN  
KOMMERZBANK VON DER GRÜNDERZEIT  
ZUM SCHWARZEN FREITAG

INHALT

Einleitung . . . . .	S. 157
I. Vorgeschichte und Gründung (1869) der Bank für Oberösterreich und Salzburg (Oberbank) . . . . .	S. 158
II. Die Börsenkrise des Jahres 1873 und ihre Überwindung . . . . .	S. 168
1. Die Katastrophe des 9. Mai 1873 und der Bericht der Verwaltungsräte Nebinger und Dierzer aus Wien	
2. Die Aktienportefeuille-Zusammensetzung	
3. Der Konkurs der Industrie- und Commercialbank für Oberösterreich und Salzburg	
4. Der Beweis der Überlebenskraft	
a) Die Entscheidungssituation	
b) Das Krisenmanagement	
aa) Sofortmaßnahmen	
bb) Die außerordentliche Generalversammlung vom 23. 11. 1873	
cc) Die ordentliche Generalversammlung vom 12. 4. 1874	
c) Die Bilanzsituation	
aa) Die Neukonstituierung des Aktienkapitals	
bb) Die Deckung des Verlustes	
5. Die Bewährung in der Depression	
a) Die Gründung eines Kreditvereines (1878)	
b) Beginn der Geschäftsverbindung mit der Unionbank in Wien (1886)	
aa) Übernahme der Landesanleihe zur Rückzahlung der OÖ. Grundentlastungsschuld (1886)	
bb) Unterbringung der ersten Emissionen der OÖ. Landeshypothekenanstalt (1891)	
c) Die endgültige Konsolidierung	
aa) Wiedererrichtung des Pensionsfonds (1885)	
bb) Dotierung des Reservefonds	
cc) Tilgung des Garantiefonds (1889)	
dd) Die Umsatzentwicklung der Jahre 1890 bis 1895	

III. Die Zeit der großen Filialgründungen . . . . .	S. 185
1. Die Konkurrenzsituation	
2. Der Ausbau des Niederlassungsnetzes	
a) Wiedererrichtung der Filiale Wels (1894)	
b) Aktienkapitalerhöhung und Wiedereröffnung der Zweiganstalt Salzburg (1897)	
c) Errichtung der Linzer Exposituren Landstraße und Urfahr sowie der Filialen Badgastein, Ried, Gmunden und Bad Ischl	
d) Die Filiale Steyr als Beispiel einer Oberbank-Filialgründung (1910)	
e) Neubau des Linzer Hauptgebäudes (1907 bis 1909)	
3. Die soziale Stellung des Oberbankbeamten	
4. Die Geschäftsausweitung und Eisenbahngründungen der Jahre 1896 bis 1913	
5. Vom Gulden zur Krone	
IV. Die Oberbank während der Zeit des ersten Weltkrieges . . . . .	S. 195
1. Die Auswirkungen des Kriegsausbruches auf das Bankgeschäft	
2. Der Beitrag der Oberbank zur Kriegswirtschaft	
3. Der wirtschaftliche und militärische Zusammenbruch und seine Folgen	
V. Von der Inflation in die Weltwirtschaftskrise . . . . .	S. 200
1. Die Inflationszeit (1918 bis 1924)	
a) Allgemeiner Überblick	
b) Veränderungen im Niederlassungsbestand	
c) Das Emissionsgeschäft	
d) Die Entwicklung des Aktienkapitals	
aa) Das Land Oberösterreich als Großaktionär (1920)	
bb) Verbindung zur Bayerischen Vereinsbank (1921)	
cc) Weitere Kapitalerhöhungen	
e) Der Übergang zur Schillingwährung und die Aufstellung der Golderöffnungsbilanz	
2. Auf der Suche nach einem neuen Partner (1925 bis 1928)	
a) Die Entscheidungssituation	
aa) Der Situationsbericht der Direktion	
bb) Die Stellungnahme der Kleinaktionäre	
cc) Die Bedeutung der Oberbank für die heimische Wirtschaft	
b) Das Krisenmanagement	
aa) Die Garantie des Landes Oberösterreich und der Geschäftsvertrag mit der Allgemeinen Österreichischen Bodencreditanstalt (1926)	
bb) Auseinandersetzung mit der Unionbank (1926)	
cc) Durchführung einer Reorganisation	
aaa) Die allgemeine Kostensituation	
bbb) Die Umstellung der Führungsorganisation	

- ccc) Die Umstellung der Filial- und Abteilungsorganisation
  - ddd) Die Personalpolitik im Zeichen des Beamtenabbaues
  - c) Die allgemeine Geschäftsentwicklung
3. Die Oberbank in der Weltwirtschaftskrise (1929 bis 1937)
- a) Der Weg in die Weltwirtschaftskrise
  - b) Die Fusion der beiden Creditanstalten und der Geschäftsvertrag der Oberbank mit der Creditanstalt für Handel und Gewerbe (1929)
  - c) Präsidium und Unternehmensleitung
  - d) Im Schatten der Creditanstalt
    - aa) Die Entwicklung der Jahre 1929 bis 1937 im Zahlenvergleich
    - bb) Das Krisenmanagement im Zeichen der „Rekonstruktion“ (1933)
  - cc) Die Personalpolitik der Bankentlastungs- und Bankpensionsverordnung
  - dd) Die Entwicklung des Filialnetzes unter besonderer Berücksichtigung der Oberbank für die heimische Fremdenverkehrs-, Salz- und Elektrizitätswirtschaft

## EINLEITUNG

Joseph Schumpeter schrieb in seinem berühmten Alterswerk „Geschichte der ökonomischen Analyse“, daß wenn er nochmals unter den wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen hätte wählen können, er sich für jene der Wirtschaftsgeschichte entschieden haben würde.<sup>1</sup> Wirtschafts- und Sozialgeschichte entspricht im Rahmen der explikativen Wissenschaften jener Disziplin, der im normativen Bereich die Wirtschafts- und Sozialpolitik zugeordnet wird.

Die Zielsetzung der vorliegenden wirtschaftshistorischen Arbeit ist es, mit der Entwicklungsgeschichte einer führenden Kommerzbank — der Bank für Oberösterreich und Salzburg (Oberbank) — einen Beitrag zur Wirtschafts- und Finanzgeschichte Oberösterreichs und Salzburgs zu erarbeiten. Die Hauptniederlassung des Institutes befand sich seit jeher in der Landeshauptstadt Linz, an deren Geschicken die Oberbank einen wichtigen Anteil hatte. Aber auch zur gesamtösterreichischen Wirtschaftsgeschichte ergab sich so mancher Bezugspunkt.

So brachte es die enge Verbindung der Bank für Oberösterreich und Salzburg zu allen Zweigen der heimischen Wirtschaft mit sich, daß ihr insbesondere in Krisenzeiten eine hervorragende Bedeutung zukam, weshalb der Schwerpunkt der Arbeit auf solchen Zeitabschnitten liegt. Aus diesem Grunde konnte auch auf die Berücksichtigung des volkswirtschaft-

lichen Gesamtrahmens nicht verzichtet werden. Eine über das Ende der Weltwirtschaftskrise hinausgehende Darstellung läßt sich leider nur schwer mit den Erfordernissen des Bankgeheimnisses in Einklang bringen. Der Autor hofft, daß es trotzdem gelungen ist, den großen Anteil der Oberbank an der wirtschaftlichen Entwicklung ihres regionalen Wirkungsbereiches aufzuzeigen.

Darüber hinaus sollte versucht werden, mit dieser Arbeit Grundlagen für eine Verwendung im Bereich der Management-Fallstudienmethode zu schaffen. Die Firmengeschichtsschreibung bietet sich unter bestimmten Voraussetzungen als Ausgangspunkt für historische „case studies“ an.

Mein Vorhaben wäre nicht ohne die entscheidende Förderung durch die heutige Oberbankleitung zu verwirklichen gewesen, der ich an dieser Stelle meinen nachdrücklichsten Dank für ihre vorbildlich aufgeschlossene Haltung aussprechen möchte.

Mein besonderer Dank gilt insbesondere aber auch meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Gustav Otruba, der in freundlicher Weise die wissenschaftliche Betreuung übernahm und dem ich für viele überaus wertvolle Anregungen Dank schulde und dessen Assistenten, Herrn Doktor Rudolf Kropf, dem ich für seinen Rat sehr verpflichtet bin. Des gleichen danke ich Herrn Professor Dr. Michael Hofmann, der mich in die Technik der betriebswirtschaftlichen Fallstudienmethode einführte.

#### I. VORGESCHICHTE UND GRÜNDUNG (1869) DER BANK FÜR OBERÖSTERREICH UND SALZBURG (OBERBANK)

Der Ahnherr der Oberbank — Michael Scheibenpogen (um 1630 - 1694) — heiratete die Schiffmeisterswitwe Catharina Rauschmann und wurde 1665 im Linzer Bürgerbuch als Bürger und Schiffmeister eingetragen.<sup>2</sup> 1669 erwarb er das Haus an der Unteren Donaulände Nr. 18. Zur Zeit der Türkenbelagerung besorgte er zahlreiche Truppen- und Kriegsmaterialtransporte<sup>3</sup>

Sein Geschäftsnachfolger und Sohn Johann Michael Scheibenpogen I (1674 - 1750) betrieb die Schiffmeisterei nach dem Vorbild seines Vaters. Die Natur dieses Gewerbes begünstigte weite Handelsverbindungen und so wurde das Unternehmen um den Getreide- und Viktualienhandel erweitert. Durch einen jüngeren Bruder stand Johann Michael I mit dem Karmeliterkloster in enger Geschäftsverbindung. Er hinterließ fl. 65.088,17, die auf vier Erben verteilt wurden.<sup>4</sup>

Johann Michael Scheibenpogen II (1703 - 1794) war drei Jahre Lehrling im Passauer Handelsunternehmen seines Vetters. Während die Mehrzahl seiner Verwandten bis Ende des 18. Jahrhunderts weiter die Schiffmeisterei betrieben,<sup>5</sup> erwarb er nach der Rückkehr von weiten Reisen 1732 um fl 1200 eine bürgerliche Seiden- und Tuchhandelsgerechtigkeit. 1733 schloß er mit der Witwe Maria Franziska Pauggenhaider einen Heiratsvertrag, wodurch er Besitzer des Hauses Linz, Hauptplatz Nr. 11 — dem Sitz der späteren Oberbank — wurde.<sup>6</sup> Bald erweiterte Johann Michael II seine Schnittwarengroßhandlung durch Hinzunahme des Kommissions- und Speditionsgeschäftes, welche Geschäftszweige ihm als Hilfs einrichtungen des Handels zustanden.

Die weiten Verbindungen des Handelshauses und Scheibenpogens öffentliche Laufbahn förderten in entscheidender Weise die Entwicklung seines Unternehmens in Richtung auf das Bankgeschäft.<sup>7</sup> Seit der Mitte des 17. Jahrhunderts war die Ausübung des Geldwechselgeschäftes durch Handelsleute sehr bedeutend geworden. Auch in Scheibenpogens Unternehmen wurde dieser Geschäftszweig immer wichtiger und als Handelsmann war er zu dessen Ausübung berechtigt.

„Die Entwicklung eines Kaufhauses zu einem Geldinstitut war schon ab Mitte des 17. Jahrhunderts keine Seltenheit und fast alle Bankherren aus früheren Jahrhunderten hatten einmal als Handelslehrlinge hinter dem Laden tisch angefangen.“

Schon zu Zeiten der Scheibenpogen... spielte das Wechselgeschäft, begünstigt durch den Standort des Ladens Ecke Hofgasse-Hauptplatz nächst der Linzer Donaubrücke am Schnittpunkt zweier wichtiger Verkehrswege eine bedeutende Rolle und vor allem anlässlich der am Hauptplatz regelmäßig zu gewissen Jahrzeiten abgehaltenen Märkte drängten sich die Kunden, die in dem Münzwirrwarr von damals immer etwas zu wechseln und zu fragen hatten. Hiebei galten solche Wechselkaufleute wie J. M. Scheibenpogens Eidam und seine Nachfolger als absolute Vertrauenspersonen, an deren Rechtlichkeit zu zweifeln absurd gewesen wäre.“<sup>8</sup>

Die damalige Münzvielfalt und -unsicherheit zwang demnach die Besucher der Jahrmärkte,<sup>9</sup> häufig den Geldwechsel in Anspruch zu nehmen. Dieses Geschäft war absolute Vertrauenssache und erforderte überdies spezifische Kenntnisse und ein gewisses Kapital. „Vertrauen war es schließlich auch, das viele ausländische Geschäftsleute, die in Linz weilten, bewog, ihre finanziellen Transaktionen über ‚Scheibenpogen‘ abzuwickeln, wobei ihnen die weiten Verbindungen des Handelshauses zu statten kamen.“<sup>10</sup> So kam es, daß Johann Michael II, um seinen Geschäftsfreunden entgegenzukommen, „etwas mehr tat“ als seine Vorgänger und damit den Schritt zum Bankgeschäft machte.<sup>11</sup>

Die Entwicklung des Bank- aus dem Handelsgeschäft dürfte sich dabei folgendermaßen abgespielt haben. Der Einkauf einer größeren Warenmenge im Wert von z. B. 10.000 Talern brachte das Problem des Geldtransportes mit sich.<sup>12</sup> Ein bedeutender Linzer Handelsmann beauftragte z. B. einen Geschäftsfreund in Salzburg, einem seiner Linzer Geschäftsfreunde dort Geld im Kompensationswege zur Verfügung zu stellen, wobei nur mehr die „Clearing-Spitzen“ ausgeglichen werden mußten. Zunächst wurden diese Dienste unentgeltlich, später aber entgeltlich zur Verfügung gestellt.<sup>13</sup> Für den das „Akkreditiv“ ausstellenden Linzer Bank- oder Kaufmann ergab sich jedoch das Problem, ob der Linzer nach seiner Rückkehr überhaupt über 10.000 Taler verfügen würde. Letzterer mußte daher vor der Abreise entweder bei Scheibenpogen das Geld deponieren oder es wurde ihm von diesem ein „Kreditrahmen“ eingeräumt.<sup>14</sup> Daraus ergab sich das heutige Depositen- und Kreditgeschäft und der Zahlungsverkehr als Bankdienstleistung. Es war klar, daß Johann Michael II als mehrmaliger Linzer Bürgermeister und Inhaber zahlreicher öffentlicher Ämter (u. a. Stadt-, Merkantil- und Wechselrichter)<sup>15</sup> von vornherein zur weitgehenden Übernahme einer solchen Aufgabe prädestiniert war.

Sein Schwiegersohn Joseph Planck erwarb im Jahr seiner Heirat das Haus Linz, Hofgasse Nr. 3, samt Spezereiwarenhandlung und im Lauf der Zeit insgesamt vier Häuser und ebensoviele Handlungsgerechtigkeiten. 1787 wurde Joseph Planck die Leitung der umfangreichen „Wechsel-, Waaren-, Speditions- und Commercial-Handlung“ übertragen. Da Planck jedoch bereits 1794 starb, veranlaßte Johann Michael II noch kurz vor seinem Tode, daß sein zweitgeborener Enkel Franz Planck (1772 - 1844) das väterliche Geschäft erhielt.<sup>16</sup>

Dieser absolvierte das Linzer Gymnasium und ab 1789 ein Praktikum beim Wiener Handelsmann H. Alessandrini. 1794 wurde ihm vom Linzer Magistrat Nachsicht des Alters gewährt und er übernahm — kaum 22jährig — die Leitung von „J. M. Scheibenpogens Eidam“. Unter der alten Firma, die er aus geschäftspolitischen Rücksichten beibehielt, baute er sein Unternehmen während der nächsten 50 Jahre zum bedeutendsten Bank- und Handlungshaus Oberösterreichs aus.<sup>17</sup> Bereits 1802 stand Franz Planck mit den größten Wiener Geschäftshäusern in Verbindung. Weite Handelsbeziehungen verbanden das Unternehmen mit Tirol und Vorarlberg, mit Venetien und der Lombardei sowie den selbständigen italienischen Staaten, mit Galizien, Ungarn und Rußland und hinsichtlich Deutschlands insbesondere mit Bayern.<sup>18</sup> Verschiedenste Bestätigungen

bürgerlicher Schiffmeister und Kaufleute sowie des k. k. Hauptzollamtes Linz berichten über die Bedeutung des Unternehmens.<sup>19</sup>

Die enge Verbindung zu verschiedenen Wirtschaftszweigen hatte wesentlichen Anteil am Ausbau des Planckschen Bankgeschäfts und machte es zu einem integrierenden Bestandteil der oberösterreichischen Wirtschaft. So war insbesondere das Sensengeschäft ein so bedeutender Großhandelszweig, daß die Plancks in der Folge als „Sensenbanquiers“ bezeichnet wurden. Franz Planck erwarb sich besonders große Verdienste um den heimischen Sensenabsatz nach dem Osten, dessen Hauptmarkt Brody war.<sup>20</sup> Diese Geschäftsverbindung dauerte bis in das 20. Jahrhundert. 1843 bestätigten 36 von insgesamt ca. 50 oberösterreichischen Sensenschmieden (Kirchdorf-Micheldorf Gewerken) ihre langjährige und ununterbrochene Verbindung mit Franz Planck.<sup>21</sup>

Des weiteren erwarb er sich große Verdienste um den Leinwandhandel des Mühlkreises. Ebenso wie im Sensengeschäft versandte er regelmäßig große Posten für eigene und die Rechnung seiner Geschäftsfreunde. Neben der finanziellen Unterstützung der zwei Leinen- und Baumwollfabriken des Mühlkreises versorgte er insbesondere die ärmeren Weber dieses Raumes ausreichend mit feinen Garnen und förderte hiedurch diesen höchst wichtigen Wirtschaftszweig in entscheidender Weise.<sup>22</sup> Die nach dem Osten versandten Produkte tauschte er häufig gegen Wachs und Honig ein, welche Waren er weiter nach Bayern exportierte.<sup>23</sup>

Während der napoleonischen Kriege wurde ein Großteil der heimischen Salzvorräte beschlagnahmt. Um weitere Preiserhöhungen künftig zu vermeiden, beauftragte die Landesverwaltung Planck mit dem Aufkauf des restlichen Salzes.<sup>24</sup> Nachdem er beim Bau der Eisenbahnlinie Linz - Budweis entscheidenden Anteil gehabt hatte, ermächtigte diese ihn 1829 des weiteren, sie bezüglich des Salz- und Gütertransportes überall rechts-gültig zu vertreten.<sup>25</sup> Drei Jahre zuvor hatte Planck in der Generalversammlung den Antrag gestellt, die Bahn von Freistadt nicht nach Mauthausen, sondern nach Linz zu führen.<sup>26</sup> Dabei verwies er auf die großen Warenmengen, die von Linz aus befördert werden könnten und auf die Bedeutung der Stadt als Knotenpunkt für den Ost-West und den Süd-Nord-Handel. Er machte darauf aufmerksam, daß durch den Bestand der Linzer Donaubrücke eine Fortsetzung der Bahn nach Gmunden möglich wäre und daher der Salztransport aus dem Salzkammergut nach Böhmen nicht mehr auf der Traun<sup>27</sup> durchgeführt werden müsse. Nachdem die Überprüfung durch Professor von Gerstner ergab, daß die Bahnführung nach Linz kürzer und weniger kostspielig sei, wurde dem Antrag Plancks

stattgegeben. Sein Einfluß ging in der Folge sogar soweit, daß seine in seiner Abwesenheit verlesenen Anträge von der Generalversammlung als die zweckmäßigsten erachtet wurden. Er war es auch, der selbst in Zeiten gedämpfter Erwartungen immer wieder Interessenten für das Bahnbauprojekt fand.<sup>28</sup>

1822 versuchte er, eine Linzer Sparkasse ins Leben zu rufen, um auch dem kleinen Sparer die Möglichkeit zu geben, sein Geld fruchtbringend anzulegen. Die weitere Überlegung war aber auch jene, die Kapitalien der Unselbständigen und Kleingewerbetreibenden zu erfassen. Da seine Bestrebungen keinen Widerhall fanden, entschloß er sich, als Kommissär und Kommanditär der 1819 gegründeten Ersten Österreichischen Sparkasse und der damit vereinigten Allgemeinen Versorgungsanstalt zu fungieren.<sup>29</sup>

Seit der Gründung der Nationalbank gehörte er deren Bankausschuß an. Dieser bestand aus den 30 größten Aktionären. Planck rangierte an 18. Stelle.<sup>30</sup> Ferner war er Mitbegründer und Hauptagent der k. k. Privilegierten ersten Wiener Versicherungsanstalt sowie Ausschußmitglied und Kassier des Museums Francisco-Carolinum in Linz.<sup>31</sup>

Die überragende wirtschaftliche Stellung Franz Plancks bedingte eine enge Verbindung zum öffentlichen und politischen Leben. So war er u. a. führend an der organisatorischen Aufbringung der von den Franzosen vorgeschriebenen Kriegsentschädigungen beteiligt. Unter Gefahr der Todesstrafe verwahrte er während der Besatzungszeit die ihm anvertrauten Ärarialgelder und einen bedeutenden Warenvorrat der k. k. Linzer Wollzeugfabrik.<sup>32</sup> 1819 wurde er zum magistratischen Ökonomierat gewählt. Dieser Wirtschaftsrat bestand aus vier Personen und tagte unter dem Vorsitz des Bürgermeisters. Seine Aufgabe bestand in der Aufstellung des Haushaltsvoranschlages und der Verfassung der Rechnungsabschlüsse. Planck führte in einer diesbezüglichen Eingabe an, daß er seine Bürgerpflicht bereits als Beisitzer des Wechselgerichtes, als Vorstand des Handelsstandes und im Bürgerausschuß erfülle, doch wollte man auf seine Dienste nicht verzichten. Die beiden ersten Positionen bekleidete er seit 1811 bzw. 1813 bis an sein Lebensende. 1832 wurde er Mitglied der Handels- und Landwirtschaftskommission und 1840 in den Industrie- und Gewerbeverein aufgenommen, als dessen Förderer ihn Wurzbach bezeichnete.<sup>33</sup>

Zwischen 1812 und 1819 erwarb Franz Planck sechs Herrschaften: Feyregg, Piberbach, Weyer, Achleiten und das Pausweckenamt sowie Hohenberg.<sup>34</sup> Zu diesen Herrschaften gehörten auch die Leistungen der

untertänigen Häuser und Grundstücke, die sich in der Regel auf ein weites Gebiet verteilten.<sup>35</sup> Die Herrschaften verrichteten auf ihre Kosten auch die meisten behördlichen Agenden.

Im Juli 1843 reichte Planck um Verleihung des erbländischen Adels ein und verwies nach einer Schilderung der wirtschaftlichen und politischen Verdienste seines eigenen und des Wirkens seines Großvaters insbesonders auch auf die mustergültige Verwaltung seiner 47 landesfürstlichen Ritterslehen. Der Tag der Ausfertigung des Adelsdiplomes (11. 2. 1844) war zugleich der Todestag Franz Plancks.<sup>36</sup> Bei der Gestaltung des Wappens zeigte man mit der Devise „Integritas“ das wichtigste Prinzip Planckschen Geschäftsgeistes auf.<sup>37</sup> Unzweifelhafte Verlässlichkeit und Gesinnungstreue waren die wichtigsten Grundbedingungen des Erfolges von Franz Planck, um so mehr als er sich überwiegend im Bankgeschäft und auf dem Gebiet des internationalen Handels betätigte.

Die Ausbildung seines Sohnes und Geschäftsnachfolgers Carl Leopold von Planck (1802–1868) bestand in einem dreijährigen Kurs am Wiener polytechnischen Institut, einem Praktikum bei seinem Onkel in Linz und einem solchen von 1822 bis 1825 im Großhandlungshaus Hoesin, Springer & Companie in Triest. Nach dem Tode Franz Plancks gingen fast dessen gesamter Realbesitz und öffentliche Stellungen in die Hand Carl Leopolds über. Dieser befaßte sich vor allem mit dem Obligations-, Wechsel-, Kommissions- und Speditionsgeschäft. In die Zeit seiner Geschäftsleitung fiel auch die Erwerbung des Hauses Linz, Hofgasse Nr. 4.<sup>38</sup> Die Bilanz per 1. 1. 1855 wies eine Summe von ca. fl 417.000 aus. Hier von betrugen die Platzwechsel fast die Hälfte.<sup>39</sup>

Besonders bemerkenswert war die Mitwirkung der Brüder Carl Leopold und Eduard von Planck bei der Gründung der Allgemeinen Sparkasse Linz. Nachdem noch am 14. 9. 1843 eine kommissionelle Verhandlung — der auch Franz Planck beiwohnte — erfolglos blieb, gelang es 1848 Adolf Ludwig Graf Barth-Barthenheim mit dieser Idee zum Durchbruch zu kommen. Die erste Sparkasse Oberösterreichs wurde am 6. 8. 1849 eröffnet. Ihr erster Präsident war Graf Barth-Barthenheim und ihr erster Direktor Eduard von Planck. Carl Leopold von Planck war einer der ersten drei Kuratoren.<sup>40</sup> Somit arbeiteten Carl Leopold und Eduard an der Verwirklichung einer Idee mit, für die sich ihr Vater bereits zwei Jahrzehnte früher eingesetzt hatte. Carl Leopold von Planck starb eineinhalb Jahre vor der Gründung der Oberbank.

Sein Sohn Carl Franz Planck von Planckburg (1833—1880) besuchte die Gymnasien in Linz und Kremsmünster und arbeitete neben der Ausbildung im väterlichen Geschäft mehrere Jahre in Bankhäusern in Frankfurt, Wien und London.<sup>41</sup> Er war seit Juli 1865 Prokurist und wurde nach seines Vaters Tod Besitzer des Bankhauses „J. M. Scheibenpogens Eidam“, das während der Gründerzeit in eine Bankaktiengesellschaft umgewandelt wurde.

Mit der Entstehung der ersten Bankaktiengesellschaft (Creditanstalt für Handel und Gewerbe: 1855)<sup>42</sup> war ein bedeutungsvoller Schritt in Richtung auf die Ablösung des „herrschenden“ Kapitals des Privatbankiers zum „dienenden“ oder „Leihkapital“ getan worden.<sup>43</sup> Die Kreditorganisation des Vormärz war der neuen Industrialisierungsphase nicht mehr gewachsen. War bis zur Revolution der Bankwelt die Masse des gewerblichen Volkes völlig unbekannt, so waren nun nach dem Vorbild des credit mobilier die geistigen Voraussetzungen einer „Demokratisierung des Kapitals“ geschaffen. Bei der Mobilmachung des Sparkapitals des „kleinen Mannes“ wurden die Sparkassen und öffentlichen Anleihen bald durch die Mobilbanken ergänzt.<sup>44</sup> Nach Überwindung der Stagnationsjahre 1859 bis 1866 traten diese in der Rechtsform der Aktiengesellschaft — die ihre große Bewährungsprobe im Eisenbahnfinanzierungsgeschäft bereits abgelegt hatte — ihren Siegeszug unter Ausschöpfung selbst der kleinsten Kapitalquellen an. Bestanden zu Beginn des Jahres 1867 im Raum der gesamten Monarchie nur elf Kreditinstitute, so waren es am Höhepunkt der Hause-Bewegung 138. Hier von erfolgten zwölf Provinzbankgründungen im Jahr 1869 und 31 im Jahr 1872:<sup>45</sup>

#### Entwicklung der Provinzbanken in den Jahren 1859 bis 1873<sup>46</sup>

	1859—							
	1863	1865	1868	1869	1870	1871	1872	1873
Gründungen	3	3	4	12	5	7	31	6
Bestand Ende 1883	3	3	3	4	4	1	6	3
Schließungen	—	—	1	8	1	6	25	3

Von den im Jahr 1869 gegründeten Provinzbanken fielen später vier im Jahr 1873, eine 1874, zwei 1877 und eine 1878.

Der wirtschaftliche Aufschwung der Jahre 1867 bis 1872 verlangte auch in Oberösterreich und Salzburg die Gründung eines einheimischen Aktienkreditinstitutes mit dem Sitz in Linz. Da man den Erfolg eines solchen Unternehmens durch den Anschluß an ein schon bestehendes, renommiertes Bankhaus von vornherein zu sichern trachtete, war es eine

logische Konsequenz, daß „Scheibenpogens Eidam“ hiebei die entscheidende Rolle zukam. In Zusammenwirkung mit S. M. von Rothschild und der Privilegierten Wiener Handelsbank für den Produkten- und Warenverkehr wurde am 13. April 1869 die Oberbank gegründet.<sup>47</sup> Hiebei wurde sowohl der ausgedehnte Kundenkreis als auch der gesamte Personalstand von „Scheibenpogens Eidam“ in die neue Aktienbank übergeführt. Der 36jährige Carl Franz von Planckburg fungierte als Präsident und Direktor und Alfred von Lindheim — der Direktor der Wiener Handelsbank — als Vizepräsident des Institutes. Die Namen der übrigen Verwaltungsräte (Rudolf Biebl, Josef Dierzer Ritter von Traunthal, Josef Hartmayr, Adolf Hofmann, Ferdinand Kitt [Rothschild], Carl Friedrich Nebinger, Franz Schönthan von Pernwald, Prokurist Johann Keppelmayr) und Aktionäre (u. a. Emil von Dierzer, Vinzenz Fink, Josef Hafferl und Ignaz Mayer) ergaben einen repräsentativen Querschnitt durch die damalige heimische Wirtschaft.<sup>48</sup> 1870 wurde der Verwaltungsrat um Carl Spängler, Georg Trauner und Angelo Saullich als Vertreter des Salzburger Bankhauses Spängler & Trauner erweitert.<sup>49</sup> Man benützte die geschäftliche Stellung dieses bekannten Unternehmens, indem man es unter der Direktion von Carl Spängler als Salzburger Zweiganstalt eröffnete. In den beiden Folgejahren wurde auch jeweils eine Agentur in Steyr im Hinblick auf dessen Industrie und Handel, und in Wels errichtet, welcher letzteren Stadt man als Eisenbahnknotenpunkt in Hinkunft eine noch größere Bedeutung voraussagte.<sup>50</sup>

Einem Zirkular unbekannten Datums ist über den sachlichen Wirkungskreis der jungen Kommerzbank zu entnehmen, daß sie neben der Durchführung der damals üblichen Bankgeschäfte auch zum Handel mit Landesprodukten und Industrieerzeugnissen sowie zum Warenkommisions- und Speditionsgeschäft und allen nötigen Hilfsdiensten des letzteren berechtigt war. Weiters durfte sie Lagerhäuser errichten und sich an der Gründung neuer industrieller und kommerzieller Unternehmen beteiligen.<sup>51</sup>

Das Aktienkapital der neuen „Oberbank“ betrug eine Million Gulden — bei einer vorläufigen Einzahlung von 50 Prozent — und war in 5000 Aktien zu fl 200 zerlegt.<sup>52</sup> Noch im November des Gründungsjahres begann die Oberbank mit der Ausgabe von verzinslichen Kassenscheinen. Wie die Handelskammerberichte schrieben, fand dieser in Linz neue Geschäftszweig bald einen bedeutenden Anklang im Publikum. 1871 wurden auch Sparbücher eingeführt, mit denen man Gelder ab einem Gulden übernahm.

Die Jahre 1867 bis 1872 waren die große Zeit des Gründerbooms. Im Zuge dieser gewaltigen Bewegung wurden Privatbanken und insbesondere Industrieunternehmungen in Aktiengesellschaften umgewandelt. Immer mehr neue Emissionen tauchten auf dem Wertpapiermarkt auf und führten angesichts einer bereitwilligen Aufnahme zu fast ständig steigenden Börsenkursen. Dies wirkte sich auf alle Sparten des Bankgeschäftes äußerst günstig aus. Rückschläge ergaben sich nur 1869 im „Jahr der kleinen Krise“, in dem nach Nebinger auch eine Linzer Wechselstube failierte<sup>53</sup>, und durch den Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges, wodurch die 4,2prozentige österreichische Rente unter einen historischen Tiefpunkt von 50 sank.

Trotzdem ergab sich in den Jahren 1870 bis 1872 ca. eine Verdreifachung aller Umsätze der Oberbank. Insbesondere das Jahr 1872 war ein solches größter wirtschaftlicher Aktivität. Die Oberbank beteiligte sich u. a. an der Gründung des Länderbankenvereins, gründete einen Pensionsfonds für die Beamten und Diener des Institutes, ließ sich das Reglement eines Kreditvereines genehmigen und trat dem Kremstalbahnkonsortium bei.<sup>54</sup>

Letzteres war von Carl Franz von Planck initiiert worden. Das eminente Interesse der Oberbank an diesem Projekt ergab sich aus der überaus engen Geschäftsverbindung zu den Micheldorf und Kirchdorfer Sensengewerken. So bezeichnete der Sekretär der Linzer Handelskammer — Dr. Habison — die Oberbank als kommerziellen Stützpunkt der Sensenschmiede.<sup>55</sup> Nachdem bereits Carl Leopold von Planck in einen Interessentenausschuß zur Gründung dieser Bahn eingetreten war,<sup>56</sup> übernahm er nach dem Tod seines Vaters Carl Franz von Planck dessen Stelle und beantragte — dreieinhalb Monate nach der Oberbankeröffnung — „mit dem Einschreiten um Konzessionierung der Strecke Rottenmann—Wels die Bitte um Konzessionierung einer Bahn von Kirchdorf oder Sautern nach Linz zu verbinden . . .“<sup>57</sup> Allerdings erlangte er für diesen Antrag nicht die erforderliche Mehrheit. Mit Rücksicht auf die Ereignisse des Jahres 1873 konnten alle weiteren Bemühungen der Folgejahre noch nicht das gewünschte Resultat erbringen. Erst ein Jahr vor seinem Tod trat Oberbankpräsident Carl Franz von Planck (im Jahre 1879) erneut an die Spitze eines Interessentenausschusses zum Bau der Kremstalbahn, die vorläufig nur bis Kremsmünster führen sollte. Die Oberbank war Zahlstelle für die Subskription und vermerkte im Geschäftsbericht für das Jahr 1879, daß an dieser insgesamt nahezu 1000 Personen teilnahmen. Am 31. Jänner 1880 wurde unter dem Vorsitz von Carl Franz von Planck

in der Linzer Volksfesthalle eine Versammlung der Subskribenten abgehalten, wobei man sich mit der Beschußfassung über die Statuten einigte und den Interessentenausschuß ermächtigte, mit der Lokomotivfabrik Kraus & Co in München einen Bau- und Betriebsvertrag auf die Dauer von zehn Jahren abzuschließen. Nachdem er die entscheidenden Vorarbeiten geleistet hatte, verstarb Carl Franz von Planck bereits zwei Monate nach dieser Versammlung. Er war zugleich das letzte Mitglied der Planckschen Familie, das aktiven Anteil an der Geschäftsführung der Bank hatte. Im April 1881 konnte die offizielle Eröffnung der Kremstalbahn durch den Handelsminister vorgenommen werden.<sup>58</sup>

Das Institut bestand zu dieser Zeit seit mehr als zehn Jahren und es erscheint angebracht, sich einen Überblick über seinen regionalen Wirkungsbereich zu verschaffen. Die Debitoren und Kreditoren verteilten sich während der ersten Dekade nach der folgenden Aufstellung auf die angeführten Orte:<sup>59</sup>

Regionale Verteilung der Oberbankkunden von Juli 1869 bis Dezember 1878

Oberösterreich und Salzburg	Übriges Gebiet der Österr.-Ung. Monarchie	Deutsches Reich	Übriges Europa
Linz	686	Wien	422
Steyr	65	Prag	62
Gmunden	48	Budapest	35
Wels	44	Innsbruck	27
Salzburg	30	Bozen	22
Urfahr	30	Pilsen	21
Passau	28	Raab	17
Micheldorf	22	Triest	14
Scharnstein	22	Budweis	13
Schwertberg	18	Brünn	13
Spital/Pyhrn	17	Lemberg	13
Ried	16	Graz	10
Vöcklabruck	15		
Ebensee	15		
Manning	12		
Lichtenau	12		
Ottensheim	11		
Perg	11		
Steyrling	10		
Windischgarsten	10		
Schärding	10		
Wermelskirchen	10		
Braunau	10		
Summe	1152	689	622
			108

Zusammen 2571 und hiezu die Summe der Zählergebnisse von Orten unter zehn Nennungen von 409 ergibt 2980.

## II. DIE BÖRSENKRISE DES JAHRES 1873 UND IHRE ÜBERWINDUNG

### 1. Die Katastrophe des 9. Mai 1873 und der Bericht der Verwaltungsräte Nebinger und Dierzer aus Wien

Verschiedenste soziale Schichten sowie alle Alters- und Einkommensklassen wollten in der Gründerzeit angesichts der fast andauernd steigenden Kurse durch Börsenspekulation ein Vermögen verdienen. Dieses Denken wurde insbesondere durch die hohen Dividenden<sup>60</sup> und die Geisteshaltung des Liberalismus begünstigt.<sup>61</sup> Der Geldzufluß aus Deutschland aus der französischen Kriegsentschädigung und die Eisenbahnbauten weckten Hoffnungen, die nur noch von jenen bezüglich der zu veranstaltenden Wiener Weltausstellung übertroffen wurden. Die hektische Aktivität des Gründungsfiebers und der damit verbundene Glaube des Publikums an eine Fortdauer der Hause fand an einem historischen Datum sein Ende: Wien, 9. Mai 1873.<sup>62</sup> Der große Börsenkrach vernichtete zahllose Existenzen, und viele Schuldner waren außerstande, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Das Vertrauen in die Banken wurde aufs tiefste erschüttert. Die Inhaber von Kassenscheinen und Einlagebüchern drangen auf Bezahlung. Selbst die der Spekulation ferngebliebenen Banken waren durch die Illiquidität ihrer Schuldner häufig einer solchen Situation nicht gewachsen und brachen zusammen.

Eine Woche nach Eintritt der Krise berichteten die Oberbank-Verwaltungsräte Carl Friedrich Nebinger und Josef Dierzer aus Wien über die dortige Situation.<sup>63</sup> Sie teilten mit, daß sich die Börsen- und Creditbank weigerte, Aktien herauszugeben, da sie zu sehr mit der Aufstellung ihres Status beschäftigt gewesen sei. Von der Hypo-Rentenbank wäre hingegen ein Posten Aktien übergeben worden, der bei der N. Ö. Escomptegesellschaft hinterlegt worden sei. Bezuglich der Einlösung zweier Rimessen zeigte man sich optimistisch, nachdem am Berichtstag für alle Effekten Belehnung gefunden werden konnte. Zur Frage der Belassung von Aktiendepots bei diversen Wiener Instituten hieß es:

„ . . . finden wir nach wiederholter und mehrseitiger Erkundigung keine Veranlassung, weder beim Länderbankenverein, noch bei der Unionbank, so wenig als bei der Anglo-Handels- und Francobank Schritte zur exabrupto Ablieferung zu machen, obwohl Herr Kitt uns rathet, beim Länderbankenverein successive unser freies Depot nach Linz kommen zu lassen, was geschehen kann, ohne irgend ein Aufsehen bei dem Institut selbst zu erwägen.“<sup>64</sup>

In einem zweiten Brief ging man nach Bestätigung diverser Telegramme gleich auf die Situation bei der Börsen- und Creditbank ein:

„Bei unserem heutigen ersten Gang zur Börsenbank fanden wir Herrn Gottlieb tief verstimmt und ließen durchblicken, daß wir vor unserer Abreise die sämtlichen Depots übergeben wissen wollen. Bis 12 Uhr Mittag waren weiters 1560 Stück verabfolgt . . .“<sup>65</sup>

Nach einer Übersicht über die noch auszufolgenden Aktien erbat man Instruktionen, ob man auch das Depot beim Länderbankenverein abziehen solle und verwies auf die Übersendung der letzten Schlußkurse und eines Verzeichnisses der letzten Fallimente.

## 2. Die Aktienportefeuille-Zusammensetzung

Die Portefeuille-Zusammensetzung der Oberbank hatte am 31. 10. 1873 folgendes Aussehen:<sup>66</sup>

### a) 21 Banken

Austro-Ottomanische Bank	fl	42.273
Unionbank	fl	40.767
Verkehrsbank	fl	36.000
Österr.-Oriental. Bank	fl	9.975
Prager Bankverein	fl	8.600
Böhm. Credit-Foncier	fl	8.500
Wiener Lombardverein	fl	8.000
Vereinsbank	fl	7.638
Österr. Creditanstalt	fl	5.475
Anglo.-Österr. Bank	fl	5.439
11 sonstige Banken <sup>67</sup>	fl	28.400
	fl	201.067 (44,02 %) <sup>68</sup>

### b) 15 Gesellschaften der Baubranche

Wiener Baugesellschaft	fl	29.975
Laaerberger Ziegelfabrik	fl	16.625
N. Ö. Bauverein	fl	10.470
Schärdinger Granit	fl	9.450
Perlimooser Zement	fl	6.375
Unionbau-Gesellschaft	fl	6.300
Straßen- und Brückengesellschaft	fl	5.000
Allgemeine Realitäten-Gesellschaft	fl	3.600
7 sonstige Baugesellschaften	fl	12.503
	fl	100.298 (21,96 %)

### c) 6 Verkehrsgesellschaften

Wiener Tramway	fl	55.300
Neue Wiener Omnibus	fl	15.035
Linz-Budweiser Eisenbahn	fl	7.400

Carl-Ludwig-Bahn	fl	4.060
Giselabahn	fl	4.050
Bergbahn	fl	2.925
	fl	88.770 ( 19,44 %)

*d) 11 sonstige Aktiengesellschaften*

Liesinger Brauerei	fl	24.887
Schlöglmühl	fl	12.750
Metropole-Hotel-Gesellschaft	fl	5.730
Innerberger Hauptgewerkschaft	fl	3.680
Kalusz Kalberg	fl	3.675
Steyrische Eisenindustrie	fl	3.000
5 sonstige Gesellschaften	fl	7.305
	fl	61.027 ( 13,36 %)

*e) 1 Obligation*

N. Ö. Grundentlastungsschuld	fl	5.580 ( 1,22 %)
	fl	456.742 (100 %)

Im Geschäftsbericht hieß es in diesem Zusammenhang, daß man durch die großen zur Verfügung stehenden Kapitalien genötigt gewesen wäre, einen beträchtlichen Teil derselben im Effekten- und Effektenbelehnungs geschäft zu verwenden und daß daher die Krise an diesem Punkt am empfindlichsten treffen mußte.<sup>69</sup>

### 3. Der Konkurs der Industrie- und Commercialbank für Oberösterreich und Salzburg

Als Beispiel der zahlreichen Bank-Zusammenbrüche des Jahres 1873 sei das Schicksal der Linzer Konkurrenzbank der Oberbank dargestellt. Dieses Institut wurde ebenfalls 1869 gegründet und verzeichnete u. a. folgende bekannte Namen unter seinen Aktionären: Friedrich von Dürkheim, Dr. Friedrich Gustav Sichel, Julius Breisach, Anton Georg Pummerer, Josef von Dierzer, Josef Hafferl, Josef Hartmayr, Ferdinand Wertheimer, Ferdinand Nossberger und Dr. Wilhelm Schaupp.<sup>70</sup>

Die Anfangserfolge waren — wie die Handelskammerberichte aus führten — sehr günstig. So war das Institut z. B. am Projekt einer Drahtseilbrücke über die Donau zwischen Ottensheim und Wilhering und am Konsortium zum Bau der Pyhrnbahn beteiligt. Wie aus einem Gründungsprospekt<sup>71</sup> hervorgeht, waren einzelne seiner Verwaltungsräte auch am Projekt einer oberösterreichischen und salzburgischen Verkehrs- und Eisenbahngesellschaft beteiligt. Aus Zeitungsinsseraten ist ersichtlich, daß

die Bank die Habenzinssätze im Sommer 1870 noch vor der Oberbank erhöhte und darüber hinaus Effekten und Lose auf Raten anbot.

Im Juni nach der Krise wurden ihr jedoch sämtliche Kassenscheine gekündigt und die Aktionäre verlangten die Liquidation. Da Fusionsverhandlungen mit der Oberbank erfolglos blieben, erfolgte gegen Monatsende die Ankündigung der vorläufigen Zahlungseinstellung. Anfang August 1873 befand sich die Bank im Konkurs.<sup>72</sup>

#### 4. Der Beweis der Überlebenskraft

##### a) Die Entscheidungssituation

Die Krise des Jahres 1873 traf die Oberbank zum Zeitpunkt der seit der Gründung größten Geschäftsausweitung. Die wichtigsten Bilanzzahlen des Jahres 1872 hatten sich gegenüber dem Vorjahr fast alle verdoppelt. Am 8. Mai 1873 beliefen sich allein die Verbindlichkeiten an Kassenscheinen und Einlagebüchern auf 3,6 Millionen Gulden. Ein Vergleich der wichtigsten Bilanzpositionen zeigt das Ausmaß des durch die Krise hereingebrochenen Rückschlages:

Bilanzvergleich für die Jahre 1872 bis 1874 in 1000 fl<sup>73</sup>

	1872	1873	1874
Kassa	202	74	89
Wechsel	665	69	247
Effekten	978	374	225
Debitoren	3881	398	195
Aktienkapital	500	750	460
Kassascheine	2656	470	215
Kreditoren	2286	98	181
Tratten	138	44	24
Einlagebücher	146	10	4
Gewinn	135	— 461	1
Bilanzsumme	5933	1498	895

Im Bericht über die Ursachen der Krise eines aus fünf Mitgliedern bestehenden Aktionärskomitees wurde im April 1874 festgestellt, die Oberbank hatte

„durch die leider eingewurzelte Usance, jedem ohne besondere Rücksicht auf die persönlichen Vermögensverhältnisse noch auf die Qualität des Pfandes gegen kurzmäßige 10 % Bedeckung das Börsenspiel zu ermöglichen, eine so bedeutende Anzahl von Börsenspielern als Kunde, daß laut Inventar vom 31. Mai 1873 eine

große Anzahl von Kommittenten vorhanden war, deren Schuld an die Bank die Summe von fl 679.420,58 betrug.<sup>74</sup>

Angesichts dieser Situation stellten sich der Oberbankleitung drei Alternativen:

(1) Fusion mit der Konkurrenzbank. Dieser Weg wurde nach eingehender Prüfung nicht eingeschlagen, weil er die Oberbank im Rahmen einer Mithaftung für deren Verbindlichkeiten schlechter als zuvor gestellt hätte.

(2) Liquidierung. Sie wurde deshalb nicht gewählt, weil nach dem Konkurs der Konkurrenzbank die Oberbank als nunmehr einziges Linzer Bankinstitut entsprechende Wettbewerbsvorteile zu erwarten hatte und das Prestige der Verwaltungsräte eine solche Lösung auch kaum zugelassen hätte.

(3) Überwindung der Krise und Fortbestand des Institutes. Hiezu war die reibungslose Rückzahlung von ca. 4,6 Millionen Gulden — bei einer vergleichsweisen Bilanzsumme des Jahres 1873 von ca. 1,5 Millionen Gulden — notwendig.

*b) Das Krisenmanagement*

*aa) Sofortmaßnahmen*

1. Hereinbringung eines Maximums an Debitoren bei vorsichtiger Bilanzierung. Man erachtete nur diejenigen Beträge als einbringlich, „welche uns bei halbwegs günstigem Ausgang der eingeleiteten Prozesse und Besserung der Verhältnisse überhaupt als gesichert erscheinen, während wir den größten Theil, unter Aufrechterhaltung aller uns gegen die Schuldner zustehenden Rechte abgeschrieben haben; die Hereinbringung einer, gewiß im Bereich der Möglichkeit liegenden höheren Quote würde den künftigen Jahren als Gewinn zu gute kommen.“<sup>75</sup>

2. Bildung eines Garantiefonds. Von den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurde noch im Mai 1873 ein Garantiefonds im Betrage von 238.592,62 Gulden gebildet. An diesem beteiligten sich Carl Franz von Planck mit fl 75.000, Josef Hartmayr und Adolf Hofmann mit je fl 45.000, Rudolf Biebl, Carl Friedrich Nebinger und Josef Dierzer mit je fl 22.500, während Franz von Schönthan den bis dahin bei der Filiale Steyr entstandenen Verlust von fl 6092,62 deckte. Die Verwaltungsräte Spängler und Trauner bestritten den Salzburger Verlust größtenteils aus eigenen Mitteln.<sup>76</sup>

Die Aufgabe des Garantiefonds bestand darin, Forderungsausfälle gegenüber Spekulationskunden, deren Schuld den Wert ihres Depots überstieg, zu decken und eine Vorsorge für die eigenen Effektenverluste zu bilden.<sup>77</sup> Wie man in der Folge aushandelte, wurde diese Summe unter der ausdrücklichen Bedingung aufgebracht, daß sie nicht etwa aus dem

Aktienkapital, sondern aus sämtlichen zukünftigen Reingewinnen — inklusive 5 Prozent Zinsen vom Zahlungstage an — rückzuzahlen sei.

3. Ausschreibung einer 25prozentigen Aktieneinzahlung. Da das bisherige Aktienkapital in 5000 Aktien à fl 200 zerlegt war, mußten somit — zwischen 31. 7. 1873 und 8. 8. 1873 — fl 50 pro Aktie eingezahlt werden. Da die Besitzer von 84 Aktien dieser Aufforderung nicht nachkamen, ergab sich — unter Berücksichtigung des aus der Annulierung dieser Aktien resultierenden Gewinnes — ein Erlös von fl 237.400.<sup>78</sup>

4. Regiesenkung und Beamtenentlassungen. Während 1872 die Gesamtspesen ca. fl 116.000 ausmachten, wovon die Gehälter für 36 Beamte und 13 Praktikanten ca. fl 34.000 betrugen,<sup>79</sup> machte die Gesamtregie des Jahres 1873 nur mehr ca. fl 50.000 aus. 1876 betrug letztere Summe nur mehr ca. fl 34.000.

Durch die Verminderung der Geschäftstätigkeit auf die Rückzahlung der aushaftenden Einlagen — während der zweiten Hälfte des Jahres 1873 — mußte nunmehr eine essentielle Reduktion des Beamtenstabes vorgenommen werden.<sup>80</sup>

5. Auflösung sämtlicher Filialen. Die Filialen Wels und Steyr<sup>81</sup> wurden aufgelöst, wobei Franz von Schönthan einen Teil des Verlustes der letzteren deckte. Die Herren Spängler und Trauner übernahmen hingegen die Salzburger Filiale wieder in Eigenregie und trugen ca. drei Viertel des dort entstandenen Verlustes. Durch letztere Maßnahme wurden dreihundert Aktien frei, die als annulliert abgeschrieben werden konnten.<sup>82</sup> Die mit den Filialauflösungen verfolgte Absicht lag in der ausschließlichen Konzentrierung sämtlicher Anstrengungen auf die Zentrale.

W. F. Nebinger erwähnte ferner, daß die Firma Löwenfeld & Hofmann während der Zeit der schärfsten Krise ihre Mittel selbstlos zur Verfügung stellte.<sup>83</sup>

*bb) Die außerordentliche Generalversammlung vom 23. 11. 1873<sup>84</sup>*

In der außerordentlichen Generalversammlung vom 23. 11. 1873 stellte der Präsident zunächst den landesfürstlichen Kommissär Oberfinanzrat Otto Breyer vor. Anschließend konstatierte er vier Fünftel des gesamten Aktienkapitals als vertreten und verlautbarte den Austritt der Herren Drouot und Lindheim aus dem Verwaltungsrat.

Der von Carl Friedrich Nebinger verlesene Rechenschaftsbericht bezifferte den Gesamtverlust auf fl 471.236,67. Hieran könne man aber dem Verwaltungsrat keine Schuld beimessen, da er in den letzten Monaten alle Kräfte angespannt habe, um die Ehre des Institutes zu wahren. So sei die Verbindlichkeit an Kassascheinen und Einlagebüchern auf

fl 750.000 reduziert worden. Schon jetzt bestünde vollkommene Deckung für diese Summe. Des weiteren wurden der Garantiebrief und das Abkommen mit Spängler & Trauner verlesen. Der Verwaltungsrat stellte die Anträge, das letztere Abkommen zu ratifizieren und ihn zu ermächtigen, im Falle der Notwendigkeit die Einzahlung einer weiteren Summe von fl 50 pro Aktie auszuschreiben, wofür die erforderliche Mehrheit erlangt wurde. Dr. Robert Clement hatte in der hierüber eröffneten Debatte diese Anträge bedingungslos unterstützt und stellte einen weiteren Antrag im Sinne seiner folgenden Ausführungen:

Nach der erfolgten Einzahlung würde die Oberbank ein faktisches Kapital von fl 500.000 besitzen. Es seien zwei Vorgangsweisen möglich: entweder das eingezahlte Kapital im Betrage von einer Million Gulden auf die Hälfte zu reduzieren, wodurch eine mit fl 200 eingezahlte Aktie nur mehr fl 100 gelte, oder den Gewinn solange zum Kapital zu schlagen, bis das eingezahlte Kapital von einer Million wieder voll sei. Der letztere Vorgang würde viele Jahre dauern, während welcher Zeit die Aktionäre gar keine Dividende bekämen.

Dr. Clement empfahl daher den ersten Vorgang der Kapitalreduktion, weil hiebei möglicherweise bereits in den nächsten Jahren eine Dividendenausschüttung möglich sein könnte. Im Verlauf der diesbezüglichen Diskussion stellte er den Zusatzantrag, ein Aktionärskomitee zu bilden, das den Stand der Bank prüfen, die Aktienkapitalreduktionsfrage beraten und der nächsten ordentlichen Generalversammlung Bericht erstatten sollte.<sup>85</sup>

Josef von Dierzer hatte den Antrag gestellt, keine Einzahlung zu bewilligen und erklärte nach dessen Ablehnung seinen Austritt aus dem Verwaltungsrat.<sup>86</sup> Insbesondere Adolf Hofmann und Viktor Drouot verwiesen auf die faktische Bedeutung der Oberbank für die heimische Industrie. Im Gegensatz zu den vielen Wiener Banken sei sie hier die einzige. Reichsrat Friedrich Freiherr von Weichs erklärte, daß eine Konferenz von Reichsratsabgeordneten beschlossen habe, die Oberbank angelegentlich der Regierung zu empfehlen.

Der Erfolg dieser Generalversammlung ließ sich nicht bestreiten. So sprach z. B. der anwesende Gründer der Linzer Schiffswerft — Ignaz Mayer — dem Verwaltungsrat dafür seine Hochachtung aus, daß er bis zum damaligen Zeitpunkt unter schwierigsten Verhältnissen drei Millionen Gulden zurückzahlen konnte, ohne in Verlegenheit und Zahlungsstockungen zu geraten. Dieses Ergebnis war ein Erfolg der verbliebenen Verwaltungsräte, der auch in der Presse ein positives Echo fand:

„Nach diesen Beschlüssen wird also die Bank fortbestehen und wir sind überzeugt, mit Ehren fortbestehen; denn wo Männer die Verwaltung besorgen, welche mit Eifer, Liebe und Redlichkeit ihrem Geschäfte obliegen, ja selbst große Opfer an eigenem Gut nicht scheuen, wie es bei dieser Bank der Fall ist, da muß das Geschäft prosperieren und dasselbe Vertrauen, welches man dieser Bank seit Anbeginn entgegengebracht, wird wiederkehren und sich nur noch vermehren. Diese Überzeugung haben wir bei der gestrigen Generalversammlung gewonnen.“<sup>87</sup>

### *cc) Die ordentliche Generalversammlung vom 12. 4. 1874*

Der Geschäftsbericht zur ordentlichen Generalversammlung vom 12. 4. 1874 sprach die Hoffnung aus, daß zu diesem Datum die definitive Vereinbarung zwischen Garanten und Aktionären und die Aktienkapitalreduktion zustande kämen. Das Fünferkomitee erklärte die bereits erwähnte Garantiefondsregelung als im Interesse der Aktionäre liegend annehmbar. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß „im Falle der Nichtreduction dem Garantiebriefe zufolge das volle Actien-Capital completiert werden müsse, ehe zu irgend einer Dividenden-Vertheilung geschritten werden könnte“.<sup>88</sup>

Es liege daher zu sehr im eigenen Interesse der Aktionäre, „das Actien-Capital auf das inclusive des Garantiefonds noch vorhandene Activum zu reducieren, als daß wir glauben könnten, einer anderen Ansicht unter Ihnen zu begegnen; außerdem ist dies die Grundbedingung, unter welcher allein sämtliche Garanten sich zu Concessonen verstehen können. Wir schlagen Ihnen daher vor, das durch die Vollzahlung der Actien sich ergebende Actien-Capital mit staatlicher Genehmigung auf die Hälfte zu reducieren und s. z. die Liberierung der Actien-Interimsscheine in vollbezahlté Actien zu fl 200 per Stück vorzunehmen“.<sup>89</sup>

Nun wendete sich der Verwaltungsrat mit einem Vertrauensvorschuß an die Aktionäre:

„Nicht zweifelnd, daß Sie sich bei Ihren Abstimmungen von den besten Absichten für das Wohl des Institutes leiten lassen werden, sehen wir in der Annahme der Ihnen nach reiflicher Überlegung proponierten Anträge dessen Zukunft gesichert.“<sup>90</sup>

Man war aber auch bereit, notfalls die Konsequenzen zu ziehen:

„Nach einer so bewegten, unsere angestrengteste Thätigkeit in Anspruch nehmenden und doch mit einem so ungünstigen Erfolge schließenden Geschäftperiode wie jene des Jahres 1873, sehen wir uns unter Verzichtleistung auf die Bestimmungen des § 19 der Statuten verpflichtet, unser Mandat heute in Ihre Hände zurückzulegen und fällt Ihnen daher die Aufgabe zu, eine Neuwahl des gesamten Verwaltungsrates vorzunehmen.“<sup>91</sup>

Die Aktionäre bestätigten den Verwaltungsrat jedoch in seinem Amt und nahmen dessen Anträge an.

*c) Die Bilanzsituation**aa) Die Neukonstituierung des Aktienkapitals<sup>92</sup>*

a) Zusammensetzung des Aktienkapitals vor Eintritt der Krise:

5000 Aktien à fl 200 = fl 1.000.000,	
davon 50 Prozent einbezahlt	fl 500.000

b) 25prozentige Aktieneinzahlung im August 1873:

5000 Aktien à fl 50 = fl 250.000	
— 84 Aktien à fl 150 = fl 12.600	fl 237.400
(Annulierung nicht einbezahlter Aktien)	

c) Annulierung der Aktien von Spängler &amp; Trauner:

— 300 Aktien à fl 150	— fl 45.000
ergibt: 4616 Aktien à fl 150 =	fl 692.400

d) fl-50-Aktieneinzahlung im Jahre 1874:

4616 Aktien à fl 50 = fl 230.800	
— 16 Aktien à fl 200 = fl 3.200	fl 227.600
(Annulierung nicht einbezahlter Aktien)	
ergibt: 4600 Aktien à fl 200 =	fl 920.000

e) Aktienkapitalzusammenlegung (2:1):

— 2300 Aktien à fl 200 =	— fl 460.000
ergibt: 2300 Aktien à fl 200 =	fl 460.000
(neues Aktienkapital)	

*bb) Die Deckung des Verlustes<sup>93</sup>*

Verluste an:

Effekten	fl 373.110,02
Debitoren	fl 368.621,77
Filialen	fl 48.680,73
Syndikaten	fl 26.439,43
	fl 816.851,95

Deckung durch:

Aktienkapitalherabsetzung	fl 460.000,—
Garantiefonds	fl 238.592,62
Annulierung von 400 Aktien	fl 60.000,—
Übertragung der Abschreibung früherer Jahre	fl 19.376,64
Auflösung des Reservefonds	fl 19.382,88

Stornierte Verwaltungsratstantieme	fl 9.537,67
Auflösung des Pensionsfonds	fl 4.000,—
Verwaltungsratspräsenzgelder	fl 400,—
Überschuß aus dem laufenden Geschäft des Jahres 1873	fl 6.642,74
	<hr/>
	fl 817.932,55
ergibt:	
Überschuß von	fl 1.080,60
	<hr/>

Die Aktienkapitaleinzahlungen betrugen fl 465.000. Zusammen mit dem Garantiefonds — der gemäß der Art seiner Abdeckung nicht als Kapital, sondern als langfristiger Vorschuß bezeichnet werden muß — und der Rekrutierung aller angeführten sonstigen Beträge, zu denen auch die Auflösung des Pensionsfonds gehörte — dessen Dotierung auf Jahre hinaus unmöglich wurde —, war es gelungen, erfolgreich zu bestehen. Die Tatsache der gelungenen Aktienkapitaleinzahlung wurde auch in Wien sehr positiv kommentiert:

„Durch die ausgeschriebene Einzahlung, welche fast ausnahmslos geleistet worden sein soll, hat sich dieses Institut gestärkt und wird deshalb bei der Wiederkehr einer regen Geschäftstätigkeit schöne Resultate erzielen können. Oberösterreich ist ein reiches Land mit blühendem Geschäftsleben und vermag besonders eine einzige Bank vollauf zu beschäftigen, weshalb auch die Actionäre die Wiederkehr der früheren ansehnlichen Dividenden erwarten dürfen, da die Leiter Routine und Scharfblick besitzen sollen.“<sup>94</sup>

Die Handelskammerberichte schrieben, daß das Institut einen schweren Kampf auszuhalten hatte, „welchen es schließlich doch mit Einsetzung seiner ganzen Kräfte und durch Aufwendung großer Opfer siegreich bestand“.<sup>95</sup> Mit genügenden Kapitalien gekräftigt, könne es sich nun — konkurrenzlos — wieder dem Dienst der heimischen Wirtschaft widmen.

### 5. Bewährung in der Depression

Allein im Laufe des Krisenjahres 1873 gerieten acht Banken, zwei Versicherungsgesellschaften, eine Eisenbahngesellschaft und sieben Industrieunternehmungen in Konkurs. Darüber hinaus wurden 40 Banken, sechs Versicherungsgesellschaften, eine Eisenbahngesellschaft und 52 Industrieaktiengesellschaften aufgelöst. Der Börsenkrach des Jahres 1873 eröffnete nur eine lange Reihe von Zusammenbrüchen, die die folgende Depressionsperiode bis 1896 kennzeichneten.<sup>96</sup> Allein die akute Krise dauerte mehr als sieben Jahre an. Waren 1867 bis 1873 1005 Konzessionen für

Aktiengesellschaften vergeben worden, so hieß diese Zahl für die Jahre 1873 bis 1879 43. Insbesondere die neuen Bankinstitute der Gründerzeit erwiesen eine nur sehr geringe Lebenskraft. Von 70 während jener Periode in Wien und von 65 in den Provinzen entstandenen Instituten bestanden Ende 1883 nur noch acht bzw. 21.<sup>97</sup> Auch der Geschäftsumfang der Oberbank war während dieser Jahre bescheiden. Während jedoch die Gläubiger der Konkurrenzbank durch deren Konkurs fast 50 Prozent ihres Kapitals verloren hatten, stand die Oberbank zu ihren sämtlichen Verbindlichkeiten. Die Bemühungen der Verwaltung waren in erster Linie darauf gerichtet, das Institut auch unter schwierigsten Verhältnissen aufrechtzuerhalten. Bei der Eintreibung von Forderungen gegenüber den Depotschuldern erzielte man sogar Überschüsse hinsichtlich der bilanzierten Werte. Soweit man gegenüber dem Kurs keinen höheren inneren Wert vermutete, versuchte man trotz der schlechten Börse die Effekten des Jahres 1873 abzustoßen. Ende 1874 erwarb die Oberbank von ihrem Präsidenten das Haus Franz-Josephs-Platz Nr. 34 — heute Hauptplatz Nr. 11 —, in welchem bereits seit jeher die Räumlichkeiten der Bank untergebracht waren.<sup>98</sup> Sie hatte darin ihre Büros bis zum Jahre 1909, in welchem Jahr der Neubau am gleichen Ort bezogen werden konnte. 1876 kam weiters durch den Konkurs von Kobek & Ägidi das Hotel „Maierhof“ in Weißenbach am Attersee in den Besitz der Oberbank. Während der zehnjährigen Verwaltung trug sie durch die Einführung des Telegraphendienstes und die Mitwirkung am Bau der Straße Weißenbach-Unterach zur Förderung des dortigen Fremdenverkehrs bei.<sup>99</sup>

Im Jahre 1878 setzte die Oberbank mit der Gründung eines Kreditvereines und der Einführung des Giroverkehrs zwei Maßnahmen, die sich in der Folge als geeignet erwiesen, auf die wirtschaftliche Situation ihres Kundenkreises verbessernd einzuwirken.

#### *a) Die Gründung eines Kreditvereines (1878)*

Der Oberbankkreditverein diente der Diskontierung von Wechseln und später auch von offenen Buchforderungen.<sup>100</sup> Die volkswirtschaftliche Aufgabe dieses Vereines bestand darin, die Folgen der Krise des Jahres 1873 überwinden zu helfen, indem seine Mitglieder unter solidarischer Haftung einen benützbaren Kredit schufen. Die Gewinne sollten statutengemäß zu 25 Prozent an den Reservefonds des Vereines und zu 75 Prozent an die Oberbank fließen. Die durch die Fallimente entstandenen Verluste wurden aus dem Reserve- und Sicherstellungsfonds gedeckt. Der Kreditverein sollte insbesondere dem großen Kreditbedürfnis der Geschäftswelt ent-

gegenkommen und möglichst auch den negativen Auswirkungen politischer Krisen entgegenarbeiten.

Die hohe Besteuerung wirkte sich besonders in Oberösterreich einschneidend aus, das eines der höchsten Steueraufkommen pro Kopf der Bevölkerung hatte.<sup>101</sup> Empfindliche Abschreibungen an dubiosen Forderungen verursachten darüber hinaus laufende Verluste, die sich auch auf den Status von gesunden Unternehmen auswirkten. Die Risikoverteilung im Rahmen eines Kreditvereines brachte hiebei entscheidende Vorteile.

Am 3. April 1878 fanden Wahlen in ein Komitee der Kreditteilnehmer statt, das für die Wechselzensurierung verantwortlich sein sollte. Diesem gehörten nach Nebinger folgende Herren an:<sup>102</sup>

J. E. Tscherne, Vorsitzender (Jac. Cusollés Neffe, 1893), Sigmund Ehrentetzberger sen., Vorsitzender-Stellvertreter (J. B. Leithners Witwe, 1885), Ferdinand Kiesswetter (Joh. Mislik, 1880), Eduard von Nagel (Eduard Nagel, 1880), J. E. Wimhölzel (J. E. Wimhölzel, 1883), M. Geyer (M. Geyer, 1881), Franz und Matthias Poche, (Wenzel Hofellner, 1879), Karl Rimmer (Karl Rimmer, 1887).

1879 wurde dieses Komitee um vier Mitglieder erweitert:

J. L. Frühstück, Vorsitzender-Stellvertreter (J. L. Frühstück, 1898), Anton Mayer (Mayer & Furrer, 1881), J. Maurhard (J. Maurhard, 1906) und Moritz Hassack (F. Nossbergers Nachfolger, 1906). Letzterer war ab 1887 stellvertretender Vorsitzender und ab 1894 Vorsitzender des Zensorenkomitees.

Bei Nebinger findet sich darüber hinaus eine Aufstellung über die Mitglieder des Zensorenkomitees bis zum Jahre 1909:<sup>103</sup>

Anton Baumgartner, Karl Gilhofer, Franz Dimmel, Josef Kaar, Arthur König, Josef Niklas, Ludwig Weiss, Franz Reininger, Ludwig Christ, Josef Huster, Eduard Kraus, Ferdinand Brunthaler, Leopold Mostny, Hermann Saxinger, Karl Reininger, Alois Pollack, Sigmund Ehrentetzberger, Fritz Tscherne, Josef Th. Prager, Julius Titze, Julius Wimmer, Hans Drouot, Rudolf Apfelthaller, Ludwig Gottlieb, Dr. Hermann Maurhard.

In diesem Komitee vereinigten sich sehr bekannte Linzer Namen. Neben vier Rechnungsprüfern der Oberbank (Gilhofer, Reininger, Saxinger, Drouot) war auch der spätere Präsident Josef Huster und Verwaltungsrat Franz Dimmel vertreten. Der Vorsitzende J. E. Tscherne wurde als Kaufmann und Handelskammermitglied bezeichnet und hatte seine Position bis zu seinem Tode inne. Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung des Kreditvereines in den ersten 22 Jahren:

Übersicht über die Entwicklung des Oberbankkreditvereines während der  
Jahre 1879 bis 1900<sup>104</sup>

Jahr	Mitglieder-anzahl	benützbarer Kredit	Wechsel-anzahl	Wechsel-summe
1879	100	575	1637	1184
1880	123	595	1862	1319
1881	145	632	2109	1459
1882	172	818	2253	1689
1883	172	843	2237	1724
1884	180	847	2525	1919
1885	180	862	—	1650
1886	178	862	—	1754
1887	181	827	—	1595
1888	199	—	—	1695
1889	209	931	—	1709
1890	209	924	2631	1685
1891	229	—	3152	1892
1892	238	—	5426	1968
1893	247	—	3379	1991
1894	257	1093	3479	—
1895	248	1057	—	1962
1896	235	1050	—	1797
1897	230	1059	—	1595
1898	236	1091	—	1559
1899	228	1053	—	—
1900	214	947	—	—

Die Anzahl der Kreditteilnehmer verzeichnete bis zum Jahre 1894 einen beachtlichen Anstieg und nahm von da an — als Folge der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung — konstant ab. Der benützbare Kredit hielt sich hingegen ab 1894 ziemlich konstant. Die Wechselanzahl steigerte sich in den ersten sechs Jahren um ca. 50 Prozent, um dann ziemlich konstant zu bleiben, und fiel nach einem bedeutenden Sprung von 1890 bis 1892 um fast 3000 Stück wieder auf ca. 3400 zurück. Die Wechselsumme machte den letzterwähnten Sprung nicht mit. Sie fiel ab 1894 ebenso konstant wie sie zuvor gestiegen war.

Wie bereits erwähnt, wurde im Jahre 1878 auch eine Giroabteilung eingeführt:

„Mit Beginn des laufenden Jahres haben wir uns veranlaßt gesehen, eine Giro-Abteilung zu errichten, um vielseitig geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen und die Vortheile und Annehmlichkeiten des Chequewesens auch am hiesigen Platze einzuführen. Dieselbe nimmt seit ihrem kurzen Bestehen einen prosperierenden Fortgang und zählten wir Ende März d. J. 33 Conto-Inhaber.“<sup>105</sup>

Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß das Scheckwesen sich in den kaufmännischen und gewerblichen Kreisen der Stadt nach und nach einbürgern und sein allgemeiner Nutzen immer mehr anerkannt würde. Die Giroabteilung hatte bis 31. März 1879 48 Kontoinhaber zu verzeichnen. Man gestand zu diesem Zeitpunkt, daß man sich hinsichtlich der „Annehmlichkeiten des Chequewesens“ eine schnellere Einführung erwartet hätte. Im Geschäftsbericht für das gleiche Jahr wurden bereits 61 Firmen vermerkt.<sup>106</sup> Ein Bilanzvergleich für das Jahr 1886 mit der geschäfts-politisch und großenordnungsmäßig repräsentativen Steiermärkischen Escomptebank erbrachte, daß die Oberbank zu dieser Zeit mit einem geringeren Aktienkapital (27 Prozent : 33 Prozent) arbeitete. Auf der Aktivseite schienen die hohen Kassenbestände (5,4 Prozent : 2,6 Prozent) bemerkenswert. Während das Effekten-, Valuten- und Devisengeschäft bei der Steiermärkischen Escomptebank im Verhältnis zum Kreditgeschäft unbedeutend war, ergab sich bei der Oberbank für diese Geschäftszweige eine unvergleichlich höhere Bedeutung (15 Prozent : 7 Prozent).<sup>107</sup>

Nach dem Tode von Carl Franz von Planck (1880) wurde Adolf Hofmann Präsident der Oberbank, während Carl Friedrich Nebinger die Position des Vizepräsidenten bekleidete.<sup>108</sup> Das Aktionärsverzeichnis des Jahres 1889 zeigte, daß sich der Einfluß der Familie Dierzer etwas vermindert hatte, während jener der Firma Löwenfeld & Hofmann stark zunahm. 1895 schied Ferdinand Kitt wegen Kränklichkeit aus dem Verwaltungsrat. Ungefähr in die gleiche Zeit fiel das Ausscheiden der Rothschild-schen Beteiligung, welche zuvor angesichts des Rückganges der Planckschen Anteile stark gesteigert werden konnte.<sup>109</sup>

*b) Beginn der Geschäftsverbindung mit der Unionbank in Wien (1886)*

*aa) Übernahme der Landesanleihe zur Rückzahlung der OÖ. Grundentlastungsschuld (1886)*

Nach einer anfänglichen Steigerung des Bilanzgewinnes um ca. 50 Prozent gelang es trotz der Einrichtung des Kreditvereines in den Jahren 1882 bis 1886 nicht, ein neuerliches Abgleiten der Gewinne zu verhindern. Erst 1886 wurde angesichts einer wirtschaftlichen Erholung und einer günstigen politischen Situation ein ganz außerordentlich erfolgreiches Geschäft eingeleitet, wozu es im Geschäftsbericht des Jahres 1887 hieß:

„Wir haben das vom Lande Oberösterreich zur Rückzahlung der Grundentlastungsschuld aufgenommene 4%ige steuerfreie Anlehen im Betrage von 9 Millionen Gulden gemeinschaftlich mit der Unionbank in Wien im Mai v. J. fix übernommen und die betreffenden Obligationen theils im Wege der Conversion, theils durch freien Verkauf an Mann gebracht.“<sup>110</sup>

Der Erfolg dieser ungeheuren Transaktion war ein unerwartet günstiger. Das Papier wurde allgemein als sehr sicher betrachtet und machte daher hinsichtlich einer raschen Plazierung in festen Händen keine großen Schwierigkeiten. Der Kurs stieg seit der Ausgabe von 98 $\frac{1}{2}$  bald über pari und nur selten kam davon etwas auf den Markt.<sup>111</sup> Die Oberbank hatte notwendigerweise ein eminentes Interesse an einer Vermittlerrolle an diesem Geschäft, jedoch war das damit verbundene Risiko zu hoch, um es alleine zu übernehmen. Somit trat das Problem auf, hiefür einen Kompagnon zu suchen. Dieser wurde in der Wiener Unionbank gefunden.

Als man infolge des nun ständig zunehmenden Geschäftsumfanges auf der außerordentlichen Generalversammlung vom 15. 11. 1888 eine Aktienkapitalserhöhung auf fl 600.000 beschloß, war es naheliegend, der Unionbank jene neuen Aktien zu überlassen, hinsichtlich derer nicht das Bezugsrecht durch die bisherigen Aktionäre ausgeübt worden war. Im Zusammenhang damit wurde Unionbankdirektor Otto Wiedmann in den Verwaltungsrat der Oberbank gewählt.<sup>112</sup> Dies war der Beginn einer langjährigen, engen Geschäftsverbindung, die mehr als ein Vierteljahrhundert dauern sollte. Unter völliger Wahrung ihrer Selbständigkeit sicherte sich die Oberbank dadurch Vorteile in ihren Beziehungen zum Wiener Platze.

*bb) Unterbringung der ersten Emissionen der OÖ. Landeshypothekenanstalt (1891)*

Im Verein mit der Unionbank nahm die Oberbank 1891 eine weitere, überaus wichtige Transaktion vor:

„Um dem Institut theils im Wege der fixen Übernahme, theils im Wege der commissionsweisen Begebung, den ausschließlichen Verkauf der zur Ausgabe gelangenden vierprozentigen Pfandbriefe der am 1. Februar 1891 ins Leben getretenen Oberösterreichischen Landeshypothekenanstalt zu sichern, haben wir mit dieser Anstalt ein Übereinkommen getroffen, von welchem wir uns für die Zukunft Erfolge versprechen.“<sup>113</sup>

Der gemeinsam mit der Unionbank fix übernommene und plazierte Betrag hatte die Höhe von einer Million Gulden. Da es sich um ein vorzügliches Anlagepapier handelte, war man bestrebt, ihm eine immer bessere Einführung zu verschaffen. Weiters traf man Vorsorge hinsichtlich einer Verbindung für den dauernden Absatz dieser Papiere.

*c) Die endgültige Konsolidierung*

Die Jahre 1878 bis 1895 können in vier Abschnitte eingeteilt werden, die sich am besten in der Gewinnentwicklung spiegeln:<sup>114</sup>

Gewinn und Dividendenentwicklung der Oberbank in den Jahren  
1878 — 1895

Periode	in 1000 fl	Durchschnittliche Dividende
1878 — 1881	26 — 38	7 1/4 Prozent
1882 — 1886	38 — 16	6 Prozent
1887 — 1888	17 — 130	5 1/4 Prozent
1889 — 1895	46 — 64	6 8/10 Prozent

Die positive Gewinnentwicklung des ersten Abschnittes war eine Folge der Gründung des Kreditvereines. In den Jahren 1882 bis 1886 wurde trotz sinkender Gewinne eine konstante Dividende von 6 Prozent ausgeschüttet. Ein Vergleich mit den Ausschüttungen der übrigen Provinzialbanken der österreichischen Reichshälfte erbrachte für diese Periode hier ein durchschnittliches Resultat.<sup>115</sup> Die zwei folgenden Perioden waren solche steigender Gewinne, wobei insbesondere jene von 1887 bis 1888 auffiel. Der überdimensionierte Gewinn des Jahres 1888 ergab sich aus der Abwicklung der oberösterreichischen Landesanleihe. Die relativ geringe Ausschüttung — insbesondere für diese beiden Jahre — hatte ihre Ursache in der Tilgung des Garantiefonds. Die Jahre 1890 bis 1895 waren eine Zeit gleichmäßiger Prosperität und günstiger wirtschaftlicher Entwicklung. Dieser Aufschwung kam auch sehr gut im Kurs der Creditanstalt zum Ausdruck, der von 307 auf 403 (1894) stieg.<sup>116</sup>

*aa) Wiedererrichtung des Pensionsfonds (1885)*

In diese Zeit der Konsolidierung fiel auch die Wiedererrichtung des Pensionsfonds. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1885 hatte diesbezüglich ausgeführt:

„Für den durch Ihre vorjährige Widmung per fl 1500 und durch die monatlichen Beitragsleistungen der Beteiligten gegründeten Pensionsfonds für die Beamten und Diener der Anstalt sind provisorische Bestimmungen auf die Dauer von zehn Jahren, d. i. bis 1. April 1895 getroffen worden, während welchen Zeitraumes der Pensionsfond nicht angegriffen werden darf und nach dessen Ablauf erst das Pensionsnormale festzustellen sein wird; wir proponieren Ihnen, aus dem Erträgnisse des Jahres 1885 wieder einen Betrag von fl 1500 diesem Fonde zuzuwenden.“<sup>117</sup>

Diese Regelung legte der Beamenschaft zwar Pflichten auf, räumte ihr aber keine Rechte ein. Dieser Zustand sollte möglichst bald mit der Einführung eines Pensionsnormales sein Ende finden. Hiezu hieß es 1894:

„Unsere Jubiläumsspende, deren Höhe circa jener Summe entspricht, welche die vor dem 1. April 1885 eingetretenen Beamten und Diener in den

Pensionsfonds aus Eigenem hätten einzahlen müssen, wenn derselbe schon bei der Gründung der Bank bestanden hätte, hat den Zweck, das Zustandekommen des Pensionsstatutes zu ermöglichen.“<sup>118</sup>

Die Oberbankleitung gab das Versprechen ab, den Pensionsfonds auch in Zukunft durch weitere Gewinnzuweisungen zu unterstützen. Pensionsansprüche hatten jedoch ausschließlich aus den Zins- und sonstigen Erträgen gedeckt zu werden.<sup>119</sup> Die Höhe betrug Ende März 1895 ca. fl 39.000. Das Pensionsstatut vom 1. 1. 1895 schrieb vor, daß der Pensionsfonds nur in „pupillarsicheren Werthpapieren“ angelegt werden dürfte.

#### *bb) Dotierung des Reservefonds*

Nach der vollständigen Konsolidierung konnte die Oberbank auch wieder an die Bildung eines Reservefonds schreiten, dessen erste Dotierungen das statutenmäßige Minimum von 5 Prozent weit überstiegen.

#### *cc) Tilgung des Garantiefonds (1889)*

Entsprechend der Vereinbarung mit den Garanten war in den Jahren 1874 bis 1888 die Dividende zwischen diesen und den Aktionären halbiert worden. Dem günstigen Ergebnis aus der Landesanleihetransaktion war — psychologisch und finanziell gesehen — die endgültige Rückzahlung des Garantiefonds im Jahre 1889 zu danken. Die ordentliche Generalversammlung vom 14. 4. 1889 befragte die Aktionäre, ob man den Garanten gegen entsprechenden Nachlaß ihrer Forderungen das 1879 erworbene — für fl 103.500 zu Buch stehende Gut Weißenbach am Attersee — anbieten solle, das für ein Geldinstitut einen ohnehin schwerfälligen Realbesitz darstelle. Die Aktionäre erklärten sich mit dieser Lösung einverstanden.<sup>120</sup>

#### *dd) Die Umsatzentwicklung der Jahre 1890 — 1895*

Wie zur Zeit des ersten Aufschwunges des industriellen Gründungsgeschäftes, so war auch in den Jahren 1893 bis 1895 die Wiederbelebung der Finanzierungstätigkeit von konstanter Geldfülle und einer kontinuierlichen Kurssteigerung an der Börse gekennzeichnet.<sup>121</sup> Die Geschäftsausweitung der Oberbank nahm in den Jahren 1890 bis 1895 ganz erhebliche Dimensionen an:<sup>122</sup>

Umsatzentwicklung der Oberbank in den Jahren 1890 — 1895 (in Mio. fl)

	1890	1891	1892	1893	1894	1895
Kassa	27.6	31.6	37.5	47.9	43.4	46.3
Wechselescompte	1.8	2.3	2.3	2.7	2.9	4.0
Gesamtumsatz	80.9	88.2	108.4	125.4	130.1	131.3

### III. DIE ZEIT DER GROSSEN FILIALGRÜNDUNGEN

#### 1. Die Konkurrenzsituation

In ihrer Aufgabe als Kommerzbank war die Oberbank in den Ländern Oberösterreich und Salzburg ziemlich lange konkurrenzlos. So führte die Österreichische Statistik für das Jahr 1897 in Oberösterreich nur eine weitere Aktienbank (O. Ö. Landeshypothekenanstalt) und eine sonstige Bank (O. Ö. Volkskredit) an. Neben der Oberbankfiliale Wels bestand eine Filiale der Österreichisch-Ungarischen Bank in Linz mit einer Banknebenfiliale in Ried und eine Filiale der Wiener Allgemeinen Depositenbank in Steyr.<sup>123</sup> Weiters bestanden einige Pfandleihanstalten und Kreditvereine und in Oberösterreich z. B. in den 80er Jahren ca. 20 Vorschuß- und Sparvereine, die häufig an Sparkassen angegliedert waren. Nach der Gründung der Allgemeinen Sparkasse in Linz im Jahre 1849 schloß sich in den Jahren 1856 bis 1879 jedes Jahr die Gründung von ein bis zwei weiteren oberösterreichischen Sparkassen an. 1861 wurden jedoch drei und 1872 sogar fünf Sparkassen eröffnet. 1879 bestand bereits ein Netz von 33 Sparkassen, die nächste Gründung wurde erst 1885 vorgenommen.<sup>124</sup>

Die Sparkassenbewegung des heimischen Raumes hatte zwar eine andere unternehmenspolitische Zielsetzung als die Oberbank als Kommerzbank, trotzdem erscheint aber ein Einlagenvergleich interessant:

Gesamteinlagen der Oberbank<sup>125</sup> in Prozenten der Gesamteinlagen der oberösterreichischen und Salzburger Sparkassen.<sup>126</sup>

1869	1,5	1884	2,1	1899	3,3
1870	5,9	1885	1,4	1900	4,0
1871	8,7	1886	1,2	1901	4,3
1872	13,8	1887	1,2	1902	4,0
1873	1,0	1888	1,4	1903	5,0
1874	0,9	1889	1,4	1904	4,8
1875	1,0	1890	1,4	1905	4,9
1876	1,1	1891	1,7	1906	8,5
1877	1,2	1892	1,9	1907	8,7
1878	1,6	1893	2,1	1908	7,4
1879	1,6	1894	1,9	1909	6,6
1880	1,8	1895	1,9	1910	6,2
1881	1,7	1896	2,1	1911	7,5
1882	1,5	1897	2,0	1912	8,5
1883	1,7	1898	2,3	1913	9,0

Obwohl im Anschluß an das Jahr 1873 ein einschneidender Rückgang zu verzeichnen war, ergab sich insgesamt doch eine beträchtliche Ausweitung.

Die Sparbereitschaft der Bevölkerung Oberösterreichs und Salzburgs war in dieser Zeit relativ hoch, wie nachstehende Tabelle zeigt:

Prozentueller Anstieg des durchschnittlichen Sparkassenguthabens in Kronen pro Kopf der Bevölkerung einzelner Verwaltungsgebiete im Zeitraum 1870 — 1908<sup>127</sup>

Oberösterreich	790	Steiermark	470
Salzburg	870	Tirol und Vorarlberg	1670
Niederösterreich	300	Böhmen	620

Eine Übersicht für den Zeitraum 1881 bis 1906 über die durchschnittlichen Sparkassenguthaben pro Sparkassenbuch Oberösterreichs und Salzburgs zeigte darüber hinaus, daß diese sich — verglichen mit dem betreffenden Wert für die gesamte österreichische Reichshälfte — von einem unter- in einen überdurchschnittlichen Wert entwickelten, wobei sich dies in Salzburg auf einer niedrigeren Basis als in Oberösterreich vollzog.<sup>128</sup>

Ein Größenordnungsvergleich aus dem Jahr 1886 zeigte die vorrangige Bedeutung der Oberbank vor allem als Regionalbank.<sup>129</sup>

## 2. Der Ausbau des Niederlassungsnetzes

Erst nach Überwindung der Depressionsjahre konnte man — 1893 bis 1913 — an den Aufbau eines Filialnetzes gehen. Anfang des Jahres 1894 wurde die Filiale Wels eröffnet, 1897 die Zweiganstalt Salzburg, 1903 die Linzer Expositur Landstraße und 1906 die Filiale Badgastein. 1908 beteiligte man sich am Bankunternehmen Josef Splechtna & Co. in Ried, das 1914 übernommen wurde. 1910 war das Eröffnungsjahr für die Expositur Urfahr und die Filialen Steyr und Bad Ischl. 1914 wurde die Filiale Gmunden durch Übernahme von F. Poll & Co. begründet.<sup>130</sup>

### a) Wiedererrichtung der Filiale Wels (1894)

Der Geschäftsbericht des Jahres 1893 führte zur Wiedererrichtung der Filiale Wels aus, daß man ein entsprechendes Lokal an einem günstig gelegenen Platz gemietet habe und dieses adaptiert worden sei.<sup>131</sup> Die Verlegung in das noch besser gelegene Ecklokal Schmiedgasse-Ringstraße erfolgte im Jahre 1898. Im Jänner 1901 wurde dieses Haus von der Oberbank gekauft. Im März 1909 erwarb man das seit 28 Jahren bestehende

Bank- und Wechslergeschäft Gustav Strabergers und vereinigte es mit der Filiale. Man erhoffte sich hieraus einen neuen Impuls zur weiteren positiven Entwicklung. Wenn auch der Geschäftsgang durchaus gut anlief, mußte man zur Überwachung und Oberleitung doch bald eine in Wels ansässige Persönlichkeit in den Verwaltungsrat berufen. Als solche konnte Vizebürgermeister Ignaz Muhr gewonnen werden. Die Oberbank Wels war nicht nur die erste Kommerzbank an diesem Platze, sondern die von Beginn an guten Beziehungen zu Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft ermöglichten es ihr, am wirtschaftlichen Aufbau der Stadt mitzuarbeiten.<sup>132</sup>

*b) Aktienkapitalerhöhung und Wiedereröffnung der Zweiganstalt  
Salzburg (1897)*

Im Hinblick auf die Geschäftsausweitung seit dem Jahre 1890 und der Notwendigkeit der Wiedererrichtung einer Salzburger Zweiganstalt auf Grund des Firmennamens beschloß man 1896 eine Aktienkapitalerhöhung um 2000 Aktien à fl 200 auf eine Million Gulden.<sup>133</sup> Da die Zweiganstalt jedoch frühestens im Spätherbst eröffnet werden sollte, behielt sich der Vorstand die Einforderung der Aktieneinzahlung zu einem späteren Zeitpunkt vor. Zur Verwirklichung des Projektes war im frequentiertesten Salzburger Stadtteil ein günstiges und baulich geeignetes Haus gekauft worden, das im Oktober 1896 übernommen wurde.<sup>134</sup> Die Zweiganstalt wurde zu Beginn des Jahres 1897 eröffnet. Die Oberleitung übernahm Vizepräsident Dr. Alois Bahr. Die Oberbank Salzburg war zu dieser Zeit somit mit Ausnahme der Filiale der Österreichisch-Ungarischen Bank das einzige öffentliche Bankinstitut am Salzburger Platze.<sup>135</sup>

*c) Errichtung der Linzer Expositionen Landstraße und Urfahr sowie  
der Filialen Badgastein, Ried, Gmunden und Bad Ischl*

Durch die Wiedererrichtung der zwei bedeutendsten Niederlassungen erzielte das Institut eine vergrößerte Breitenwirkung und erfreute sich in zunehmendem Maß des Vertrauens von Stadt und Land. In diese Zeit fiel der erste Kontakt mit der Wiener Lombard- und Escomptebank, der zur Erwerbung ihrer Kommanditbeteiligung an der Firma Böhm, Edlinger & Co. führte, die sich 1892 in Linz etabliert hatte.<sup>136</sup>

Im Jahre 1903 meldete die Oberbank die Errichtung einer Filialwechselstube an der Linzer Landstraße. Damit wurde hauptsächlich dem wiederholt von der Kundschaft der „Neustadt“ und der äußeren Landstraße vorgebrachten Wunsch nach einer näher gelegenen Niederlassung der Oberbank entsprochen. Die Entwicklung dieser Niederlassung nahm

einen günstigen Verlauf und man rechnete mit einem weiteren Aufschwung. Ebenso errichtete man 1910 eine Expositur in Urfahr, um der dortigen Bevölkerung einen bequemeren Bankverkehr zu ermöglichen.

Am 1. Mai 1906 wurde die Filiale in Badgastein eröffnet. Diese residierte im Hotel „Austria“ und besaß ein günstig gelegenes Lokal. Man versprach sich eine weitere Bedeutungssteigerung des Weltkurortes durch die im Herbst 1905 eröffnete Tauernbahn. Die Filiale fand sowohl bei den Kurgästen als auch bei der Bevölkerung Anklang.

Im Jahre 1908 wurden

„in Ried unter der Firma Josef Splechtna & Co. und in Gmunden unter der Firma F. Poll & Co. Kommanditen errichtet, um unsere jahrzehntelangen angenehmen Beziehungen zur Geschäftswelt des Innviertels und Salzkammergutes zu befestigen und zu erweitern.“<sup>137</sup>

Die Firma Splechtna war aus der Raphael Mayrschen Wechselstube entstanden. Beide Unternehmen genossen hohes Ansehen. Zu Beginn des Jahres 1914 wurden die beiden Beteiligungen in Filialen umgewandelt. Während sich Handelskammerrat Poll aus diesem Anlaß vom Bankgeschäft zurückzog, wurde Josef Splechtna die Prokura und Leitung der Filiale Ried gegeben. Da im Jahre 1909 insbesondere diese Beteiligungen den Erfolgserwartungen entsprachen, entschloß man sich zu Beginn des Jahres 1910 zu einer weiteren Kommanditbeteiligung am Bankgeschäft F. Danner in Braunau am Inn. Diese wurde jedoch am 31. Jänner 1911 wieder einvernehmlich gelöst. 1910 fand auch die Gründung der Oberbank Bad Ischl statt.

#### *d) Die Filiale Steyr als Beispiel einer Oberbankfilialgründung (1910)*

Als Beispiel der Bedeutung einer Oberbankfilialgründung jener Zeit sei näher auf die Gründung der Filiale Steyr eingegangen. Diese wurde am 27. Juni 1910 eröffnet. Hierüber liegt die interessante Abhandlung ihres ersten Leiters — Hugo Olbrich — vor.<sup>138</sup> Dieser führte aus, daß neben der 1857 gegründeten Sparkasse Steyr und der seit 1872 bestehenden Filiale der Wiener Allgemeinen Depositenbank<sup>139</sup> in Steyr zu dieser Zeit schon lange kein sonstiges Kreditinstitut existierte. Die Oberbank hätte daher oft an die Wiedererrichtung einer dortigen Filiale gedacht, da Steyr sich hiezu durch seine weltberühmte Industrie sehr gut geeignet hätte. Im Jänner 1910 soll in einer Budweiser Zeitung die Meldung gebracht worden sein, daß die Depositenbank wiederum die Eröffnung einiger Filialen plane, worunter sich auch eine weitere in Steyr befindet. Da auf Grund von Vereinbarungen Gründungen nur im gegenseitigen

Einvernehmen erfolgen durften — hätte man eine diesbezügliche Anfrage unternommen.

„Welche Erklärungen hier gegeben wurden, ist mir nicht bekannt, wohl aber, daß vorgenanntes Institut sich bereit erklärte, seine Absichten auf Steyr aufzugeben, wenn die Bank für Oberösterreich und Salzburg dort eine Filiale errichtete und diese ihre Geschäfte mit Wien über die Verkehrsbank abwickeln werde.“<sup>140</sup>

Noch im Jänner 1910 beauftragte der Verwaltungsrat Direktor Franz Edlinger mit der Einleitung der Vorarbeiten. Dieser übertrug Hugo Olbrich die Filialleitung und lud ihn ein, mit ihm nach Steyr zu reisen, um dort erste Schritte hinsichtlich der Lokalfrage zu unternehmen.

Nach Abschreibung der Gründungskosten konnte die Oberbank Steyr bereits im dritten Bestandsjahr eine aktive Bilanz erzielen. Während die spätere Gründungswut der Inflationszeit dazu führte, daß Steyr eines Tages sieben Kreditinstitute besaß, war die Oberbank Steyr im Jahre 1935 wieder die einzige Vertreterin eines größeren Bankinstitutes an diesem Platze.

#### e) Neubau des Linzer Hauptgebäudes (1907 — 1909)

In einer Zeit derartig fortierter Filialgründungen war es nahezu selbstverständlich, daß sich auch in der Linzer Hauptanstalt bedeutende Veränderungen ergaben. Die ständige Ausweitung sämtlicher Geschäftszweige hatte zu einer derartigen Raumnot geführt, daß sich die Größe der bestehenden Kassen- und Büroräume als völlig unzureichend erwies. Nebinger führte hiezu u. a. aus, daß Ende des Jahres 1908 ca. 47 Millionen Kronen Depotwerte verwaltet und 240 Kundendepots vermietet worden waren.<sup>141</sup>

„In Erwägung dieser Umstände haben wir uns entschlossen, an Stelle unserer alten Häuser Franz-Josef-Platz Nr. 34 und Hofgasse Nr. 4 ein neues Bankgebäude aufzuführen und zwar in der Weise, daß vorerst an Stelle der rückwärtigen Hälfte des Gebäudes ein Teil des Neubaues hergestellt wird, wodurch wir in der Lage sein werden, mit dem Großteil unserer Abteilungen provisorisch, dagegen mit der Depotabteilung gleich dauernd dort Unterkunft zu finden. Sobald wir den neuen Teil bezogen haben werden, kann der vordere Teil des Neubaues in Angriff genommen werden und bis zum Frühjahr 1909 fertiggestellt sein. Der Neubau, mit welchem bereits begonnen wurde, soll uns nicht allein geräumige Bürolokalitäten schaffen, sondern auch Tresoranlagen umfassen, welche mit allen modernen Sicherheitsvorkehrungen ausgestattet sein werden.“<sup>142</sup>

Der Neubau wurde der Oberösterreichischen Baugesellschaft übertragen und im Jahre 1907 begonnen. Nach Fertigstellung des rückwärtigen Teiles konnte dieser

„von der Hauptkasse, Depot- und Speditionsabteilung, der Direktion, der

Korrespondenz und Buchhaltung bezogen werden, während die übrigen Abteilungen (Wechselstube, Kreditverein und Fahrkartenbüro) in anderen Häusern provisorisch untergebracht werden mußten.“<sup>143</sup>

Am 9. Mai 1909 tagte die Generalversammlung zum erstenmal im neuen Bankgebäude.<sup>144</sup>

### 3. Die soziale Stellung des Oberbankbeamten

Im Jahre 1909 wurde nicht nur das neue Bankgebäude (am gleichen Ort) bezogen, sondern auch das 40jährige Jubiläum begangen. Aus diesem Anlaß verfaßte Direktor W. F. Nebinger eine ausführliche Chronik des Institutes. An alle Beamte wurde ein Sondergehalt ausbezahlt. Der „Bankbeamte“ nahm zur damaligen Zeit gesellschaftlich eine besondere Stellung ein — die sich aus der überaus engen Bindung an den Dienstgeber ergab. Er hatte ein sehr hohes Sozialprestige und mußte eine schwierige Aufnahmsprüfung leisten, weshalb der Anteil der Maturanten sehr hoch war.<sup>145</sup> Seine Arbeitsleistung war enorm. Hierüber existieren zwei Briefe vom 24. 3. 1909, in denen eine Führungskraft der Salzburger Zweiganstalt an die Linzer Direktion schrieb, um sich gegen die Sonntagsruhe auszudrücken:

„Lieber Direktor. Teile Ihnen in Kürze mit, daß in der jüngsten Zeit von der hiesigen Bankbeamenschaft die Frage mit der Forderung der Sonntagsruhe ins Rollen gebracht wurde“ ... „Und ist denn die Sonntagsruhe etwas so dringend Notwendiges? Meines Erachtens nicht“ ... „wenn daher die Beamenschaft an Sie mit der Bitte um Förderung ihrer Sache herantritt, wollen Sie dann nicht vergessen“ ... daß die „Verhältnisse den Sonntagsdienst hier geradezu unentbehrlich“ machen.<sup>146</sup>

Generell bestand hinsichtlich der Arbeitszeit die Regelung, „daß wohl ein Schluß der Kassestunden festgesetzt ist, nicht aber ein Schluß der Bürostunden, vielmehr ist es jedem Angestellten zur Dienstpflicht gemacht, daß er das Büro erst verlassen darf, wenn er seine Arbeit vollendet hat.“<sup>147</sup>

Neben dem sehr hohen Gehalt und den von der Generalversammlung zu beschließenden Remunerationen hatte der Beamte den Vorteil großzügiger Pensionsleistungen. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1909 schrieb, daß die neuen Satzungen des Pensionsinstitutes im Sinne des Pensionsversicherungsgesetzes als Ersatzverträge vom k. k. Innenministerium anerkannt worden seien.<sup>148</sup>

„Die Beiträge zur Krankenkasse sowie die Personaleinkommensteuer und Besoldungssteuer, soweit solche die Dienstbezüge betreffen, werden seitens der Bank für die Angestellten bezahlt.“<sup>149</sup>

1908 bestand nach Nebinger ein Personalstand von 74 Beamten, acht Praktikanten und zwölf Dienern.<sup>150</sup>

Ein Vergleich der Oberbankgehaltsstruktur mit den Löhnen der bestbezahlten gewerblichen Berufe des Jahres 1918 ergab, daß letztere nur in Ausnahmefällen an die drei niedrigsten Oberbank-Gehaltskategorien heranreichten.<sup>151</sup> Der Vergleich mit der damaligen Linzer Preisstruktur zeigte demnach auch einen sehr hohen Lebensstandard des Oberbankbeamten.<sup>152</sup> Zu dieser Zeit waren sehr lange Bankdienstzeiten der Normalfall. Die geringe Fluktuation ergab sich aus der ausgezeichneten Entlohnung und den sonstigen sozialen Leistungen, hinter denen die geschäftspolitische Überlegung des Aufbaues eines besonderen Vertrauensverhältnisses zwischen Bankbeamten und -kunden stand. Letztere konnten daher sicher sein, nicht einer Vielzahl von Personen ihre Vermögensverhältnisse anvertrauen zu müssen. Mit voranschreitender Arbeitsteilung und Rationalisierung konnten später in zunehmendem Maße im Rahmen vereinfachter Arbeitsgebiete auch jüngere Kräfte eingesetzt werden.

#### 4. Die Geschäftsausweitung und Eisenbahngründungen der Jahre 1896 — 1913

Nach den Jahren der großen Depression war das Geschäftsvolumen (unter der Voraussetzung gleichen Geldwertes) wieder auf jenes der Jahre 1872/73 angestiegen.<sup>153</sup> Trotz schwieriger wirtschaftlicher und politischer Wechselfälle ergab sich seit Anfang der neunziger Jahre bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges eine Vervielfachung der Geschäftstätigkeit. Trotz Forderungsausfällen auf Grund von Hochwasserschäden in den Jahren 1897 und 1898 war das Resultat der Oberbank zufriedenstellend und man konnte das nun wiederum auf eine Million Gulden erhöhte Grundkapital entsprechend bedienen. Trotz der scharfen Börsenrückgänge des Jahres 1900 übertraf das Oberbankergebnis dasjenige des Vorjahres.<sup>154</sup> Wenn das Jahr 1901 infolge der weiteren konjunkturellen Verschlechterung auch eine Gewinnverringerung brachte, so erhielt die Oberbank 1902 in der Berechtigung zur Führung des kaiserlichen Adlers einen besonderen Vertrauensbeweis der Regierung, der als Chance für den Konkurrenzkampf gewertet wurde.<sup>155</sup> 1906 wurden an den Geldmarkt infolge des wirtschaftlichen Aufschwunges sehr große Anforderungen gestellt, wodurch die Betriebsmittel der Oberbank eine lohnende Verwendung finden konnten. Infolge der guten Konjunkturlage entfalteten auch die übrigen Zweige des Bankgeschäfts eine rege Tätigkeit. Dies galt mit Ausnahme des Effektengeschäftes, welches unter dem Druck der Geldverhältnisse zu leiden hatte.<sup>156</sup>

Nebinger schrieb, daß die Oberbank in den Jahren 1905 und 1906 einigen industriellen Unternehmungen beigetreten sei und mit fast allen größeren Industrie- und Handelsunternehmen Oberösterreichs und Salzburgs in reger Geschäftsverbindung stand.<sup>157</sup> Die übliche Form der Beteiligung von Banken an industriellen Unternehmungen war aus steuerlichen Gründen jene der Kommanditbeteiligung.<sup>158</sup>

Die Gründer der Kremstalbahn hatten bald die Bedeutung einer Verbindung der Stadt Linz mit dem Eferdinger Becken erkannt und unternahmen bereits seit den achtziger Jahren Versuche zur Fortsetzung der Kremstalbahn nach Aschach. Im August 1898 erhielt ein Konsortium unter der Führung des Linzer Großkaufmannes Matthias Poche die Vorkonzession für eine normalspurige, mit Dampf zu betreibende Lokalbahn von Eferding nach Waizenkirchen und Peuerbach. Diese Bahn wurde Ende 1908 eröffnet. Um der damit drohenden Verkehrsablenkung von Linz zu begegnen und dem Wunsche Eferdings und der noch weiter westlich gelegenen Ortschaften nach einer direkten Verbindung zur Landeshauptstadt entgegenzukommen, wurde im Jänner 1911 die Konzession für eine normalspurige, eingleisige Lokalbahn mit elektrischem Betrieb von Linz über Eferding nach Waizenkirchen erteilt. Die Strecke Linz — Eferding wurde am 21. März 1912 dem öffentlichen Verkehr übergeben. Die Lokalbahn-AG Linz-Eferding-Waizenkirchen übertrug den Bahnbau der mit der Oberbank in engster Verbindung stehenden Firma Stern & Hafferl, der laut einem mehrfach verlängerten Vertrag auch die Betriebsführung bis Ende 1932 oblag.<sup>159</sup>

Die Oberbank hatte das im Jahre 1906 gegründete Unternehmen Stern & Hafferl (Gmunden) durch Emissionshilfe und Kreditgewährung unterstützt.

„Das letztgenannte Unternehmen, das bis jetzt die elektrischen Werke am Traunfall, in St. Wolfgang, am Offensee und Schwarzensee umschließt und unter anderem den Strom für die erste elektrische Vollbahn Oberösterreichs (Neumarkt — Waizenkirchen — Peuerbach) liefert...“<sup>160</sup>,

erfreute sich eines vortrefflichen Rufes. Das Zustandekommen dieser langjährigen Geschäftsverbindung muß daher in engem Zusammenhang mit der Bedeutung der Oberbank für den Bau oberösterreichischer Eisenbahnlinien gesehen werden.

Die Oberbank wirkte in dieser Zeit auch noch an einigen anderen Bahngründungen mit. So übernahm sie im April des Jahres 1900 gemeinsam mit einem Wiener Institut 3,4 Millionen Kronen der vierprozentigen Prioritätsanleihe zum Ausbau der Linie Sattledt — Grünau. Der Ge-

schäftsbericht des Jahres 1905 schrieb vom Absatz von 5,1 Millionen Kronen Prioritätsobligationen der Kremstalbahn, die ausschließlich in Oberösterreich abgesetzt wurden. Im Jahre 1906 wurden 15,4 Millionen Kronen Krems-Greiner-Bahnprioritäten übernommen und plaziert.<sup>161</sup>

Obwohl auch das Jahr 1907 von krisenhaften Erscheinungen nicht frei war<sup>162</sup>, konnte das Bilanzergebnis gegenüber dem Vorjahr um ca. 25 Prozent verbessert werden. Die Annexionskrise des Jahres 1908 brachte jedoch schwere Schädigungen insbesondere exportorientierter Industrien mit sich. Zur politischen Unruhe kamen eine äußerst ungünstige ungarische Ernte, unberechenbare Preisschwankungen in der Textilindustrie und ein Konjunkturrückgang in der Eisenindustrie. Erst mit Jahresende ergab sich ein lebhafteres Börsengeschäft in Bank- und Industriewerten. Durch eine rigorose Auffassung im Kredit- und Diskontgeschäft blieb man auch 1909 vor Verlusten verschont.<sup>163</sup> Die Beteiligung an einer Rentenemission des k. k. Postsparkassenamtes (1910) erwies auch zu dieser Zeit die große Absatzfähigkeit der Oberbank in Staatsrentenpapieren.<sup>164</sup> 1911 waren große Kursrückgänge am Anlagenmarkt zu verzeichnen. Man schrieb in diesem Zusammenhang, daß es das Geschäftsprinzip ausschlösse, Vorteil aus der übermäßigen Dimensionen annehmenden Spekulationslust zu ziehen. Nachdem man bereits 1906 — insbesondere im Zusammenhang mit der Wiedererrichtung der Salzburger Zweiganstalt — eine Aktienkapitalerhöhung von zwei auf drei Millionen Kronen durchgeführt hatte, wurde das Aktienkapital zu Beginn des Jahres 1912 auf sechs Millionen Kronen erhöht.

Ein Zehnjahresvergleich der wichtigsten Bilanzpositionen der Oberbank von der Zeit der Gründung bis zum Jahre 1909 erbrachte folgende Ergebnisse:<sup>165</sup>

Veränderung wichtiger Bilanzpositionen während der Jahre 1869 — 1909  
(in Prozent der Bilanzsumme)

	Aktiva				
	1869	1879	1889	1899	1909
Kassa	7,2	7,6	5,7	3,1	1,9
Wechsel	18,8	23,7	28,9	24,3	12,4
Effekten	30,3	21,6	17,4	10,9	8,0
Valuten, Devisen	3,1	2,5	2,0	0,7	0,4
Vorschüsse	7,0	4,2	3,1	1,2	0,6
Realitäten	—	4,1	2,5	2,0	1,9

Debitoren	32,6	34,9	40,4	57,5	74,2
Diverse	1,0	1,4	—	0,3	0,6
Summe	100,—	100,—	100,—	100,—	100,—
Passiva					
	1869	1879	1889	1899	1909
Aktienkapital	62,2	28,2	20,9	14,4	7,6
Kassascheine	12,7	19,2	10,3	0,1	—
Kreditoren	22,2	35,2	51,9	76,2	87,6
Girosaldi	—	4,7	11,2	5,5	0,7
Gewinn	2,6	2,3	2,1	1,3	0,8
Diverse	0,3	10,4	3,6	2,5	3,3
Summe	100,—	100,—	100,—	100,—	100,—

Die sich hieraus ergebenden Trends sind eindeutig und dürften auch allgemeine Gültigkeit besessen haben.

##### 5. Vom Gulden zur Krone

Das bedeutendste volkswirtschaftliche Ereignis während der Zeit der Filialgründungen war jenes der großen Währungsreform. Bereits im Jahre 1887 verpflichteten sich die beiden Reichshälften, nach Abschluß des Zoll- und Handelsbündnisses eine Kommission einzusetzen, die beim Vorhandensein einer günstigen finanziellen Lage die näheren Umstände beraten sollte.<sup>166</sup> Die neu einzuführende Währung sollte den Namen „Österreichisch-Ungarische Währung“ führen. Nachdem 1889/90 der Staatshaushalt beider Reichshälften ausgeglichen erschien, begannen die Verhandlungen. Vom Anfang an war man sich über die notwendige Einführung der Goldwährung und der Festlegung einer Wertrelation zwischen Papiergulden und Gold einig, so daß die Notenbank sofort zu Goldkäufen schreiten könne.<sup>167</sup> Diese Wertrelation wurde aus dem mittleren Kurswert der österreichischen Währung in den Jahren 1879 bis 1891 derart berechnet, „daß man die Monatsdurchschnittskurse der Zwanzigfrancstücke ermittelte und danach den Preis von 100 Gulden in Gold (250 Francs) in Gulden österreichischer Währung berechnete“.<sup>168</sup> Die neue Relation bedeutete die Akzeptation eines Goldagios von 19.032 Prozent. 100 Goldgulden entsprachen also 119,032 Gulden österreichischer Währung. Somit war der Weg zur neuen Währung frei, die am 2. 8. 1892 in fünf Gesetzen verankert wurde.<sup>169</sup> Als neue Währungseinheit wurde die Krone zu 100

Heller gewählt, die im Verhältnis 2:1 gegen die Guldenwährung eingetauscht wurde. Das Gesetz vom 9. 7. 1894 statuierte, daß mit 31. 12. 1899 jede staatliche Verpflichtung zur Einlösung der Guldenwährung aufhören solle. Die Rechnungslegung erfolgte somit ab 1. 1. 1900 in Kronenwährung.<sup>170</sup>

#### IV. DIE OBERBANK WÄHREND DER ZEIT DES ERSTEN WELTKRIEGES

##### 1. Die Auswirkungen des Kriegsausbruches auf das Bankgeschäft

Österreich-Ungarn befand sich bei Kriegsausbruch zwar in einer ansteigenden konjunkturellen Entwicklung, jedoch war angesichts der nicht in gleichem Maße gefestigten Finanzen die Aufbringung der notwendigen Geldmittel mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Der Kriegsbedarf der ersten drei Monate wurde von den beiden Finanzverwaltungen aus Eigenmitteln, Wechseldiskonten, kurzfristigen Krediten der Österreichisch-Ungarischen Bank und Krediten eines österreichisch-ungarischen Bankenkonsortiums und einer deutschen Bankengruppe bestritten. Da die Steuerkraft in den dem Krieg vorangegangenen Jahren bereits im Vergleich zu anderen Staaten in außergewöhnlich hohem Maße in Anspruch genommen worden war<sup>171</sup>, war die naheliegendste Finanzierungsform jene der Anleihe, wobei man aus verfassungsmäßigen Gründen die Ausgabe von langfristigen Schatzscheinen wählte.<sup>172</sup>

Die Einberufung eines großen Teiles der männlichen Bevölkerung wirkte anfangs lähmend auf das Wirtschaftsleben ein.<sup>173</sup> Erst langsam stellte sich die Industrie auf die Kriegserfordernisse um. Steigende Einlagen der Banken bewirkten die notwendige Erhöhung der Liquidität. Durch die Umstellung und Umorganisation der Industrie auf Rüstungswirtschaft und durch die unmittelbaren Finanzbedürfnisse des Staates ergab sich eine starke Ausrichtung der Geschäftstätigkeit der Banken auf den Bereich der öffentlichen Wirtschaft.<sup>174</sup>

Ein Bilanzstrukturvergleich der Oberbank mit den gesamten Banken der österreichischen Reichshälfte für die Jahre 1912/1914 ergab für diese Zeit folgende Verschiebungen.<sup>175</sup> Während allgemein eine Bilanzsummenkontraktion von mehr als einem Achtel vorlag, ergab sich für die Oberbank eine Ausweitung von ca. einem Drittel. Hinsichtlich der relativen Anteile der Bilanzpositionen an der Bilanzsumme zeigten sich in etwa folgende Verhältniszahlen: Die Devisen- und Valutenbestände waren allgemein stark zurückgegangen, bei der Oberbank aber weniger stark als

allgemein üblich gefallen. Die Effektenbestände der Oberbank nahmen ungefähr im gleichen Verhältnis ab, wie sie allgemein zunahmen (ein Drittel). Die Vorschüsse nahmen in beiden Fällen um ca. die Hälfte ab.

Hatten die wirtschaftlichen Lähmungerscheinungen des Kriegsausbruches allgemein einen relativen Gewinnrückgang um ca. ein Drittel zur Folge, so betrug dieser Wert für die Oberbank nur ca. ein Viertel.

## 2. Der Beitrag der Oberbank zur Kriegswirtschaft

„Als im Frühjahr 1915 einerseits die Produktionstätigkeit vollkommen in Gang gekommen und anderseits auch die Armeeverversorgung durch die fortlaufenden Bestellungen ins normale Geleise gekommen war, begann eine Periode, die einen blühenden Zustand der Volkswirtschaft Österreichs und Ungarns vortäuschte.“<sup>176</sup>

Wenn auch der Krieg für die Oberbank ungewohnte Aufgaben brachte<sup>177</sup>, so hielt sie doch alle Industriekredite aufrecht und gab in erforderlichen Fällen sogar noch zusätzliche Betriebsmittelkredite.

„In kurzer Zeit kehrte auch ein allgemeines Vertrauen wieder zurück, neue Einlagen — durch Heereslieferungen blieb ja Geld im Lande — strömten reichlich zu...“<sup>178</sup>

An den günstigen Geschäftsergebnissen änderte auch der Abbruch des Saisongeschäfts in den Filialen nichts.

Die umfangreichen Aufgaben, die der Weltkrieg und das Kriegsanleihegeschäft mit sich brachten, mußten zu einer Zeit erledigt werden, in der dem Institut durch die Einberufungen viele erfahrene Beamte entzogen worden waren. So waren im April 1915 von 169 Beamten 60 eingezogen:

„Wir haben unseren einberufenen Angestellten, wenn verheiratet die vollen, wenn ledig die halben Bezüge bisher bezahlt und gedenken, es auch weiterhin so zu halten, was die geehrte Generalversammlung gewiß zustimmend zur Kenntnis nehmen wird.“<sup>179</sup>

An die unter höchstem Druck arbeitende Beamtenschaft wurden namhafte Kriegszulagen verteilt, durch welchen Umstand eine weitgehende Gehaltsregulierung realisiert werden konnte. Neben außerordentlich hohen Dotierungen des Pensionsfonds wurden auch beträchtliche Aufwendungen für Kriegsfürsorgezwecke getätigkt und alleine bis April 1916 ca. 10.000 Geldsendungen an Kriegsgefangene vermittelt.

Die Bankleitung bestand während der Zeit des ersten Weltkrieges aus den Vorstandsdirektoren Franz Edlinger und Ludwig Fischer-Colbrie. Josef Huster war Präsident und Dr. Ernst Jäger Vizepräsident des Instituts.<sup>180</sup> Beim Tod Kaiser Franz Josephs gab man das Versprechen ab, daß

man in unwandelbarer Treue zu seinem Nachfolger stehen und die Anstrengungen weiter fortsetzen würde.<sup>181</sup>

Die Zeichnungsbedingungen der ersten drei österreichischen Kriegsanleihen hatten folgendes Aussehen:<sup>182</sup>

**Zeichnungsbedingungen der I. — III. Österreichischen Kriegsanleihe**

	I	II	III
Ausgabekurs	K 97,50	K 95,25	K 93,60
Zinssatz	5,5 %	5,5 %	5,5 %
Tilgung bis	April 1920	Mai 1925	Dez. 1930
Provision an Zeichner	5/8 %	3/4 %	

Bis 14. April 1915 wurden alleine bei der Oberbank vierzig Millionen Kronen gezeichnet.<sup>183</sup>

Die Gesamtzeichnungssumme sämtlicher Kriegsanleihen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie betrug 29 Milliarden Kronen.<sup>184</sup> Hier von entfielen auf die Oberbank 0,642 Milliarden Kronen. Letztere Summe verteilte sich auf die acht Kriegsanleihen der österreichischen Reichshälfte folgend:

**Absatz von Kriegsanleihen bei der Oberbank während des ersten Weltkrieges<sup>185</sup>**

(in Mio. K)	I — III	IV	V	VI	VII	VIII	Summe
Gesamtzeichnung	144	71	102	85	108	132,0	642,0
Eigenzeichnung	5	4		6		7,6	22,6

Klarerweise mußte sich diese Summe im Gewinn niederschlagen:

**Gewinne der Jahre 1914 bis 1918 (in 1000 K)**

1914	1915	1916	1917	1918	Summe
698	933	1159	1918	1805	6513

Die Bankleitung verabsäumte es nicht, der Beamtenschaft und vor allem der Bevölkerung den verbindlichsten Dank für dieses glänzende Ergebnis auszusprechen. Letzteres ermöglichte die Ausschüttung einer Dividende von 8 Prozent in den Jahren 1914 bis 1916 und einer solchen von 9 Prozent in den Jahren 1917 bis 1918.<sup>186</sup> Der Anteil der Eigenzeichnungen war jedoch im Verhältnis zu anderen Banken gering. So betrug er für die ersten drei Kriegsanleihen 3,5 Prozent, während dieser Wert für die gesamten Banken der österreichischen Reichshälfte 13,7 Prozent ausmachte.<sup>187</sup>

Mit zunehmendem Kriegsanleihegeschäft war insbesondere bei den Debitoren eine ständige Abnahme im Kontokorrentgeschäft zu verzeichnen:

Das Verhältnis der Debitoren und Kreditoren aus dem Kontokorrentgeschäft (KK) zu jenen aus dem Kriegsanleihegeschäft (KA) in den Jahren 1914 bis 1917 (in Prozent)<sup>188</sup>

Jahr	Debitoren		Kreditoren	
	KK	KA	KK	KA
1914	73	27	61	39
1915	49	51	72	28
1916	38	62	68	32
1917	29	71	64	36

Der Aktivseite der Bilanz des Jahres 1918 sind weiters bei einer Bilanzsumme von 367,4 Millionen Kronen allein 244,4 Millionen Kronen zu entnehmen, die ausschließlich die Kriegsanleihe betrafen:

#### Wichtigste Bilanzpositionen des Jahres 1918 (in Mio. K)<sup>189</sup>

##### Aktivseite:

###### Deutsch-Österreichische Staatsanleihe:

Postsparkassen-Vorlagekonto	103,7
Postsparkassen-Voreinzahlungskonto	42,5
Debitoren (Kriegsanleihe)	98,2
Debitoren (Kontokorrent)	95,5
Wechsel	9,9

##### Passivseite:

###### Deutsch-Österreichische Staatsanleihe:

Verrechnungskonto	19,7
Kreditoren	293,2
Eigenkapital	13,0
Giro- und Sparbucheinlagen	39,6

Die Veränderung der Bilanzpositionen hatte folgendes Aussehen:

Veränderung wichtiger Bilanzpositionen während der Jahre 1915 bis 1918  
(in Prozent der Bilanzsumme)<sup>190</sup>

	Aktiva			
	1915	1916	1917	1918
Kassa	0,5	0,4	0,6	1,0
Wechsel	8,3	3,9	2,1	2,7

Effekten	3,9	3,7	2,7	2,3
Realitäten	0,6	0,4	0,2	0,3
Debitoren	85,8	90,6	93,2	92,7
Diverse	0,9	1,0	1,2	1,0
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0
Passiva				
	1915	1916	1917	1918
Aktienkapital	5,1	3,0	3,3	2,7
Reservefonds	1,2	0,8	0,9	0,8
Einlagebücher	6,2	6,5	7,2	10,7
Kreditoren	85,7	88,8	87,6	85,2
Gewinn	0,8	0,6	0,6	0,5
Diverse	1,0	0,3	0,4	0,1
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0

Bereits im Frühjahr 1917 stellte sich aber die Frage, wie der Staat die ungeheure Kriegsschuld tilgen könne. Oberbankdirektor Franz Edlinger schlug zur Abdeckung der fünften und sechsten Kriegsanleihe in einem Vortrag ein gestaffeltes Vermögensabgabesystem vor.<sup>191</sup>

### 3. Der wirtschaftliche und militärische Zusammenbruch und seine Folgen

Die volkswirtschaftliche Situation war bereits während des Krieges von andauernd steigenden Preisen und Steuern gekennzeichnet.<sup>192</sup> So weitete sich die Bilanzsumme der Oberbank während der Dauer der Kriegszeit von 82,3 auf 367,4 Millionen Kronen aus. Bereinigt man diese Entwicklung jedoch mit dem Lebenshaltungskostenindex<sup>193</sup>, so ist eine tatsächliche Kontraktion der Bilanzsumme um ca. 60 Prozent festzustellen:

Lebenshaltungskostenindex und inflationsbereinigte Bilanzsumme  
der Oberbank für die Jahre 1914 bis 1918 (in 1000 Kronen)

	1914	1915	1916	1917	1918
Index	1,00	1,58	3,36	6,71	11,62
Bilanzsumme	82.347	74.130	59.069	45.395	31.618

„Im Jahre 1918 wird es immer klarer, daß die Erschöpfung nicht mehr aufgehalten werden kann. Teilweise beginnt sie sich bereits 1917 fühlbar zu

machen, teilweise erst im Sommer 1918, aber überall ist die Not entweder da oder doch in greifbare Nähe gerückt.“<sup>194</sup>

Eine am 14. 10. 1918 vom österreichischen Ernährungsamt herausgegebene Aufstellung wies verschiedene Kronländer aus, die nur mehr vier bis vierzehn Tage versorgt werden konnten. Lediglich der Bedarf Oberösterreichs und Salzburgs schien das ganze Jahr gedeckt zu sein. Hiezu kam die Erschöpfung auf dem Gebiet des Bekleidungswesens. Da man ursprünglich mit einer sehr kurzen Kriegsdauer rechnete, glaubte man, nur 1,4 Millionen — nicht 7 Millionen — Mann bekleiden zu müssen. Obwohl der Privatverbrauch an industriellen Rohstoffen gänzlich hinter den Erfordernissen der Rüstungswirtschaft zurückstand, konnte die — trotz einiger äußerst leistungsfähiger Betriebe — nicht besonders starke Waffenindustrie den militärischen Bedarf nicht decken. Der Ursprung dieser Misere lag im weitgehenden Fehlen einer kriegswirtschaftlichen Planung, welcher Umstand auf die falsche Einschätzung der Kriegsdauer zurückzuführen war. Die zunehmende Güterverknappung angesichts staatlicher Kriegsausgaben in einer Gesamthöhe von 70,8 Milliarden Kronen führten in der Folge zu einem ungeheuren Preisanstieg. Somit folgte dem militärischen und politischen Zusammenbruch Österreich-Ungarns unmittelbar die Katastrophe der Inflationszeit, die schließlich die totale Entwertung der Währung brachte.<sup>195</sup>

## V. VON DER INFLATION IN DIE WELTWIRTSCHAFTSKRISE

### 1. Die Inflationszeit (1918 bis 1924)

#### a) Allgemeiner Überblick

Die Gründungstage der Ersten Republik fielen in eine Zeit, die für die wirtschaftlichen Auswirkungen des verlorenen Krieges und die Bedingungen des Friedensvertrages zu bezahlen hatte. Dies wirkte sich auch in erhöhtem Aufwand im Bankgeschäft aus:

„Auch die unproduktive Arbeit hat sich erheblich gesteigert durch behördliche und gesetzliche Maßnahmen, welche uns mit Banknotenumtausch, Vermögensanmeldung, Deponierungzwang und Kontrollbezeichnung, Safe-Inventur, Vorschriften über Devisenverkehr und Steuerflucht...“ belastet.<sup>196</sup>

Somit ergab sich die Notwendigkeit einer überaus großen Ausdehnung des Personalstandes. 1922 erreichte dieser im gesamten Raum der Republik die Zahl von 28.000 Bankangestellten.<sup>197</sup>